

Politischer Jahresbericht

Länderbüro Russland, 2006/2007



Russland

Länderbüro Moskau, Juli 2006-Juli 2007

Jens Siegert

Länderbüro Moskau,
Leitung: Jens Siegert
Grusinskij per. 3-231
RUS-123056 Moskau
T +7-495-2541453
F +7-495-9358014
Email: info@boell.ru

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Das System Putin – Politik ohne politischen Raum?.....	3
2. Opposition – gibt es ein „anderes Russland“?.....	4
3. Kontrollierte Zivilgesellschaft.....	6
4. Russland und der Westen oder die Rückkehr der Geschichte.....	9
5. Außenpolitik	11
6. Wirtschaft und Energie.....	14
7. Tschetschenien und Nordkaukasus	15
8. Ökologie.....	16
Ausblick	17

Zusammenfassung

Zwei Jahrzehnte nach Beginn der Perestroika scheint Russland den steinig und verschlungenen Weg zu einer demokratischen und zivilen Gesellschaft auf Dauer, zumindest aber für die nahe Zukunft verlassen zu haben. Im Rückblick lässt sich die Präsidentschaft Wladimir Putins ebenso als Abfolge systematischer Einschränkungen bürgerlicher Freiheits- und Beteiligungsrechte darstellen wie als Versuch der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des russischen Staates inklusive eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Russland bleibt formal ein demokratisch verfasstes Land mit einer größtenteils liberalen Verfassung und allen Attributen eines modernen demokratischen Staatswesens. Aber die meisten demokratischen Institutionen sind ihrer Inhalte und ihrer ethischen wie moralischen Grundlagen beraubt. Die Attribute 'gelenkt' oder 'souverän', mit denen Präsident Putin und seine Umgebung, diesen Demokratieabbau als besonderen russischen Weg (um nicht zu sagen, russischen Sonderweg) zur Demokratie zu rechtfertigen versuchen, bestätigen nur den bewussten Charakter dieser Einschränkungen.

Die wichtigsten Einschränkungen seien kurz genannt:

- Die seit 2004 radikal veränderte Parteien- und Wahlgesetzgebung verhindert jeden Wettbewerb politischer Parteien und Interessen um Wählerstimmen und monopolisiert die Entscheidung, welche Parteien gegründet werden oder weiter existieren dürfen zugunsten der Exekutive;
- die faktische Ernennung der Gouverneure und (Teil-)Republikpräsidenten durch den Präsidenten anstelle ihrer bis Ende 2004 notwendigen Direktwahl durch das Volk macht die Regionalverwaltungen vom politischen Zentrum im Kreml abhängig und nicht den Wählern der jeweiligen Region gegenüber rechenschaftspflichtig;
- ein großer Teil der Massenmedien, darunter die landesweiten Fernsehkanäle, die für 80 Prozent der Bevölkerung das einzige Informationsmedium sind, wurden unter Putin entweder direkt dem Staat unterstellt oder werden durch in Staatsbesitz befindliche Medienholdings und durch kremlloyale Unternehmer kontrolliert;
- die Verhaftung und Verurteilung des Besitzers des einstmals größten russischen Ölkonzerns JuKOS, Michail Chodorkowskij, hat allen Unternehmern und Konzernführern gezeigt, wie gefährlich es sein kann, sich politisch gegen den Kreml zu stellen. Inländische Finanzierungsquellen für oppositionelle politische Gruppen gibt es seither kaum noch. Ausländische Finanzierung politischer Arbeit ist per Gesetz verboten.

Russland ist heute nicht sonderlich demokratisch, aber doch ziemlich frei. Auf jeden Fall im Vergleich mit der Sowjetunion, aber auch mit den meisten anderen heute bestehenden autoritären Staaten. Die heutigen Machthaber in Russland haben kein strategisches Interesse an einem erneut totalitären Staat. Sie haben ein Interesse daran, die in den vergangenen acht Jahren gewonnene Macht zu erhalten. Die Frage ist, ob ihnen dieser Machterhalt auch gelingt, ohne aus Russland wieder eine Diktatur zu machen, die einen großen Teil der eigenen Bevölkerung unterdrückt. Es könnte durchaus sein, dass die dem System Putin innewohnenden Widersprüche, teils bewusst, teils hinter dem Rücken seiner Akteure erneut zu einem diktatorischen Russland führen werden. Putin und seine Umgebung haben sehr viel Macht in den heutigen russischen Verhältnissen erlangt. Es ist aber schwer zu sagen, wie viel Macht sie über die Verhältnisse haben. Anders gefragt: Sind die Einschränkungen demokratischer Freiheiten Ziel oder Zweck? Insbesondere diese Frage soll in diesem Bericht aus unterschiedlichen Blickwinkeln und in unterschiedlichen Politikfeldern beleuchtet werden.

1. Das System Putin – Politik ohne politischen Raum?

Gegenwärtig wird die Politik in Russland von einem allen Gesellschaften - gleich ob nun demokratisch oder nicht - eigenen Problem bestimmt: Die Machtelite kämpft vor allem darum, an der Macht zu bleiben. Dieses Ziel in einem formal demokratischen Rahmen, in dem die Regeln institutionell abgesicherter Machtteilung aber weitestgehend außer Kraft gesetzt sind, ist eine besonders schwierige Aufgabe. Alle Macht geht heute in Russland vom Präsidenten aus, der, einem Lehnherrn gleich, seine Gefolgschaft sowohl mit institutioneller (Teil-)Macht und so gleichzeitig mit materiellen Ressourcen ausstattet. Beides aber, sowohl die institutionelle Macht als auch die Ressourcen bleiben an die Loyalität zum Präsidenten als Person gebunden, nicht an den Staat, die Gesellschaft oder gesellschaftliche Interessengruppen. Die präsidiale Macht beruht auf einem Gleichgewicht von teilweise schwer zu identifizierenden Gruppen. Trotzdem ist sie nicht teilbar. Dies stellt zweifellos ein Dilemma dar. Vor allem angesichts der Tatsache, dass es Anfang 2008 zu Wahlen kommen wird und daher zumindest formal zu einer Machtübergabe .

Der Verlust der Politik in Putins Russland

Zur Absicherung seiner Macht hat „der Kreml“, die Machtgruppe mit dem Präsidenten an der Spitze, ein de facto Monopol auf die Politik in Russland durchgesetzt. Das Parteiensystem dominieren vom Kreml geschaffene Stellvertreterparteien wie Einiges Russland und Gerechtes Russland. Die verbliebenen liberalen Parteien wie Jablko und die Union der Rechten Kräfte sind marginalisiert. Andere Parteien wurden mit Hilfe des verschärften Parteiengesetzes zum Jahreswechsel 2006-2007 aufgelöst. Neue Parteien werden gar nicht erst zugelassen. Die Chancen, dass einer oder mehrere liberale Parteien bei den Wahlen im Dezember 2007 der Einzug in die Staatsduma gestattet wird, ist angesichts ihrer Nichtzulassung zu vielen Regionalwahlen Anfang März 2007 eher unwahrscheinlich. Durch die Schaffung einer dritten, sich liberal positionierenden Kremlpartei unter der Bezeichnung „Zivilgesellschaftliche Kraft“ gibt es praktisch keine Möglichkeit für die beiden liberalen Parteien den Einzug ins Parlament zu schaffen. Im Jahr der Dumawahlen und kurz vor den Präsidentenwahlen 2008 verfährt die russische Staatsführung zunehmend nach dem einst der CSU zugeschriebenen Motto: „Wir brauchen keine Opposition, wir sind selbst schon Demokraten!“

Der Kreml hat schon länger den Weg eines Mobilisierungsregimes eingeschlagen, auch um die eigenen Schwächen zu kaschieren. Das wird nirgends deutlicher als auf der Straße. So wurde Ende März etwa für die Kremljugend „Naschi“ in der Moskauer Innenstadt, ohne weiteres ein ganzer Prospekt gesperrt. Die Broschüre zur Aktion „Informant des Präsidenten“ (durchaus auch im Russischen so doppeldeutig wie im Deutschen), zu der 15.000 junge Menschen aus der Provinz nach Moskau geschafft wurden, hielt sich nicht mit unnötiger Diplomatie auf. Der Westen unter der Führung der USA habe in den 90er Jahren versucht, Russland zu seiner Rohstoffkolonie zu machen. Innere Feinde, die Liberalen, hätten, gegen entsprechende Bezahlung, bei der fast gelungenen Versklavung Russlands geholfen. Dann sei Putin gekommen, um Russlands Souveränität wieder

herzustellen. Inzwischen seien die USA durch den Irakkrieg stark geschwächt, werden im Wahljahr jeoch gemeinsam mit ihren verräterischen innerrussischen Hilfstruppen einen letzten, verzweifelten Versuch wagen, Russland doch noch unter ihr Joch zu zwingen. Es gehe, wie im Juni 1941 direkt vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, also um die Existenz des russischen Staates. Wer gegen Putin ist, ist nicht nur ein Gegner, er ist ein Feind, ein Todfeind sogar. „Naschi“ sind zwar besonders radikal und ungewöhnlich offen in ihrem Stalinbezug, das einfache dualistische Argumentationsmuster Freund-Feind, Ihr-Wir, findet sich aber fast überall im Putin-Lager.

In vielen Analysen, wird oft der Anschaulichkeit und Verständlichkeit halber von 'dem Kreml' und 'der Opposition' gesprochen. Dieser Dualismus erzeugt indes ein grob vereinfachendes und damit verfälschendes Bild einer weit komplizierteren Gemengelage. Sowohl der ‚Kreml‘ als auch die ‚Opposition‘ sind in unübersichtlich viele kleine und oft nicht oder nur schwer mit ideologischen oder ideellen Interessen zu verbindende Gruppen gespalten. Die internen Auseinandersetzungen in der politischen Machtelite um die besten Ausgangspositionen für die Putinnachfolge lassen sich spätestens seit Beginn der zweiten Amtszeit Putins 2004 nicht mehr in gewohnte Kategorien wie etwa ‚Modernisierer‘ oder ‚Hardliner‘ fassen. Da es keine Politik im Sinne öffentlicher Auseinandersetzung um politische Macht in einem institutionellen Rahmen mit für alle Bewerber einigermaßen gleichen und fairen Ausgangsbedingungen gibt, ist es schwierig, zwischen dem -wie das auf russische heißt- ‚polittechnologisch‘ erzeugtem Schein und realen Handlungen zu unterscheiden. Mehr noch ist der Schein Teil der politischen Realität.

Was das für die Voraussagbarkeit und Verlässlichkeit des künftigen politischen Handelns wichtiger Akteure heißt, soll anhand der beiden gegenwärtig in der Öffentlichkeit am höchsten gehandelten möglichen Putin-Nachfolger, den beiden ersten Vizepremierministern Dmitrij Medwedjew und Sergej Iwanow, demonstriert werden.

Medwedjew, für die mit viel Geld ausgestatteten sozialen, so genannten ‚nationalen Projekte‘ zuständig, gilt als eher weich und liberal. Iwanow ist als ehemaliger Verteidigungsminister zwar kein gnadenloser Hardliner, hat aber im Vergleich mit Medwedjew ein deutlich härteres und konservativeres Image. Trotzdem kann niemand voraussagen, ob Medwedjew als Präsident eher demokratisch und sozialmarktwirtschaftlich regieren oder ein möglicher Präsident Iwanow die Schrauben weiter anziehen und die Autoritarmustendenzen vorantreiben würde. Möglicherweise wird gerade ein allgemein als ‚schwach‘ charakterisierter Präsident Medwedjew gerade deshalb umso härter regieren (müssen). Keiner der möglichen Putinnachfolger, (manche Beobachter gehen von bis zu zehn potentiellen Kandidaten aus), hat je eine öffentliche politische Prüfung überstehen müssen, die Schlüsse über tiefe und feste Überzeugungen zuließe. Das System Putin verhindert geradezu die Entwicklung neuer ‚öffentlicher‘ Politiker. Das gilt auch für die

Opposition. Wenn der Neue kommt, stellt sich die Frage, wer das eigentlich ist. Auch als Putin fast aus dem politischen Nichts in Windeseile zum Präsidenten aufstieg, war die Frage „Wer ist Putin?“ in aller Munde.

Machtkartell, Stabilität und Machtübergabe – das „Problem 2008“

Kaum jemand zweifelt noch daran, dass Putin 2008 tatsächlich als Präsident abtreten will. Es geht also für die heutige Machtelite darum das „System Putin“ ohne Putin zu retten. Es geht darum, möglichst die jetzige Position zu halten oder nach Möglichkeit sogar zu verbessern. Dafür dürften dem Putin Lager fast alle Mittel recht sein. Politische Ziele und die damit möglicherweise verbundene Mittel sind zweitrangig. Durch diese Situation entstehen sowohl auf staatlicher Seite als auch bei der Opposition Gruppen mit einem starken Interesse an einer Eskalation. Nur die Hoffnungen, die sich jeweils damit verbinden, unterscheiden sich. Die Frage, wer Präsident wird, ist etwa so leicht zu beantworten wie die auch in Russland populäre Fernsehfrage „Wer wird Millionär?“

Für Putin selbst ist der Zeitpunkt zu gehen ideal. Er hat das Land aus einer tiefen Krise zwar nicht zu blühenden Landschaften, wohl aber in einen von den meisten Menschen in Russland empfundenen Zustand von vergleichsweise großer Stabilität geführt. Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung im Westen, ist es Putin im elitären Staatsmänner-Club trotz des Tschetschenienkrieges gelungen, als vergleichsweise anständig zu gelten. Allerdings hat er entgegen seiner Ankündigungen keines der enormen politischen und sozialen Probleme des Landes, von der Armee reform, über die demografische Krise, das hochkorrupte und schlechte Gesundheitssystem bis zur Reform des Bildungswesens auch nur ansatzweise lösen können. Der einzige ernste Reformversuch, die Umstellung von staatlichen Vergünstigungen wie Freifahrten im öffentlichen Nahverkehr, Vergünstigungen beim Telefonanschluss, Kosten für Wohnungsmiete, Wasser, Gas, Heizung und Strom, für gut zwei Drittel der Bevölkerung von pauschalen Ermäßigungen auf direkte Geldzahlungen an tatsächlich Bedürftige endete Anfang 2005 in einem Fiasko. Obwohl formal daran festgehalten wurde, verwässerten zusätzlich Finanzmittel für die Kommunen und Regionen die Reform bis zur Unkenntlichkeit. Die von der Regierung erhofften ökonomischen und Gerechtigkeitseffekte blieben fast vollständig aus. Die komplizierten Reformen und die Modernisierung des Sozial- und des Wirtschaftssystems steht noch aus. Wie mit der deutschen Agenda 2010 ist damit aber kein große Popularität zu gewinnen.

Zwar hat es Putin bisher trotz praktischer Alleinherrschaft vor allem dank geschickter Medieninszenierung und –kontrolle geschafft, in der Bevölkerung mit Erfolgen und kaum mit Niederlagen seiner Regierung in Verbindung gebracht zu werden. Das liegt jedoch am immer noch aktuellen Vergleich mit seinem Vorgänger in den schwierigen 1990er Jahren. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung dürfte sich dieser Effekt abnutzen. Hinzu kommt, dass die Stabilität bisher nicht von großen politischen Krisen erschüttert worden ist. Die Putin-Herrschaft ist, wie jede Alleinherrschaft oder Herrschaft einer kleinen Gruppe, weit labiler als das zur Schau gestellte Selbstbewusstsein den Anschein gibt. Die Legitimität der Regierung hängt vor allem von der augenblicklichen Popularität Putins ab. Es gibt keine politische Figur und, wichtiger noch, keine politische Instituti-

on, die in der Bevölkerung oder in der Machtelite annähernd ein vergleichbares Vertrauen genießt wie der Präsident selbst. Das drückt sich auch in der festen Überzeugung der Allgemeinheit aus, dass der Nachfolger von Putin derjenige wird, den Putin benennt.

Crisis – What Crisis?

In und außerhalb Russlands wird viel von einer möglichen großen Krise gesprochen. Das hängt einerseits mit der Unsicherheit und Nervosität vor dem kommenden Machtwechsel zusammen. Andererseits gibt es aber auch seriöse Untersuchungen, die eine Krise voraussagen, sollte es der Regierung nicht gelingen, die verschleppten Reformen wirklich in Angriff zu nehmen. Ein weiterer negativer Faktor ist die unverändert hohe Abhängigkeit von den Energieexporten. Sollte der Ölpreis auf dem Weltmarkt einbrechen, stehen Russland harte Zeiten bevor. Auch ein Teil der Opposition spekuliert auf eine Krise, um gegebenenfalls als Folge die Macht übernehmen zu können. Die Frage ist also, wer würde gegenwärtig von einer Staatskrise oder einer tiefen Wirtschaftskrise profitieren. Ist es wünschenswert für die künftige demokratische Entwicklung Russlands, dass die Machtübergabe von Putin an einen von ihm erwählten Nachfolger misslingt? Es scheint vielmehr so, dass von einem durch eine Krise erzwungenen Machtwechsel kurz- und mittelfristig keine Entwicklung in Richtung Demokratie und mehr Freiheit in Russland zu erwarten ist. Die Stimmung in der Bevölkerung dürfte das Land dann eher in eine im Vergleich zu heute noch nationalistischere und autoritärere Richtung lenken. Das Misstrauen gegenüber ‚dem Westen‘ und den mit ihm verbundenen Begriffen wie ‚Demokratie‘ und ‚Freiheit‘ als individuelle und nicht kollektive, auf Staat und Nation bezogene Werte ist in der Bevölkerung groß und wird auch entsprechend in der russischen Politik auf absehbare Zeit dominant bleiben.

Im Gespräch mit russischen Intellektuellen bekommt man auf die Frage, warum es in Russland so schwierig sei mit der Demokratie, erklärt, Russland sei eben ein im Vergleich zu ‚Europa‘ oder Nordamerika ein ‚wildes‘ Land. Das ist natürlich eine wenig ‚politkorrekte‘, wie das in Russland heißt, Aussage. Aber sie führt zu dem Gedanken, dass den Forderungen nach mehr Demokratie im Land vor allem Anstrengungen zum Aufbau eines Rechtsstaates an die Seite, vielleicht sogar vorangestellt werden müssen.

2. Opposition – gibt es ein „anderes Russland“?

Vor einem Jahr, im Juni 2006 gründeten eine Reihe von Oppositionellen, darunter der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow, der ehemalige Premierminister Michail Kassjanow, der unabhängige Dumaabgeordnete Wladimir Ryschkow, einige bekannte NGO-Aktivistinnen unter Einschluss der Nationalbolschewistischen Partei und einiger kommunistischer Splittergruppen die Koalition ‚Das andere Russland‘. Gleichzeitig setzten die etablierten demokratischen Oppositionsparteien, in erster Linie Jabloko und die Union der Rechten Kräfte (SPS) ihre bis heute erfolglosen Versuche fort, sich vor den kommenden Parlamentswahlen auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. Zwischen beiden gibt es zahlreiche organisationelle und persönliche Überschneidungen. Beide Gruppen unterscheidet,

dass die Parteien sich weiter an Wahlen innerhalb der ‚gelenkten Demokratie‘ beteiligen wollen, auch weil es durchaus einen Unterschied macht, ob es zumindest ein paar Dutzend offen oppositioneller Abgeordneter gibt oder nicht. ‚Das andere Russland‘ dagegen geht davon aus, dass wirkliche Opposition in den Institutionen von Putins Russland unmöglich ist und deshalb die Entscheidung außerhalb auch und gerade auf der Straße gesucht werden muss. Trotz vieler Versuche, kam es im vergangenen Jahr zu keiner nennenswerten Zusammenarbeit der Opposition mehr. Die Chancen auf einen Einzug der Parteien ins Parlament, die zu den Wahlen zugelassen sind, sind, auch angesichts der neuerdings geltenden Sieben-Prozent-Hürde, ausgesprochen gering. Die Chancen der radikaleren Opposition, auf der Straße eine Wende zu erzwingen, sind, wie sich gezeigt hat, nicht größer.

Die Zerstörung des öffentlichen Raums.

Demonstranten versuchten einige Wochen lang im Frühjahr 2007 regelmäßig in Moskau, St. Petersburg oder Nischnij Nowgorod „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ abzuhalten. In den vergangenen Jahren hat der russische Staat auf allen Ebenen das in der Verfassung garantierte Recht auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen per Gesetz, vor allem aber auf administrativen Weg praktisch aufgehoben. Überall im Land werden seither nicht genehme, also meist oppositionelle Demonstrationen mit oft fadenscheinigen Begründungen verboten. Regierungstreue Aufmärsche können sich dagegen aller sorgenden Aufmerksamkeit der Staatsmacht sicher sein. Wer auf seinem Recht auf friedliche Versammlung besteht und trotzdem auf die Straße geht, wird mit häufig wenig zimperlichen Methoden auseinandergetrieben, festgenommen und riskiert ein Strafverfahren. Die gewaltsame Auflösung der „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ ist nur ein neuer Höhepunkt dieses inzwischen in Russland wieder normalen rabiaten Umgangs mit jeglicher Opposition, die mangels anderer Möglichkeiten die Öffentlichkeit der Straße sucht. Ein anderes Beispiel ist die auch in diesem Jahr erneut verbotene Gay Parade oder besser, die ordnungsgemäß angemeldete Demonstration zum Protest gegen das Verbot. Es ließen sich darüber hinaus in Moskau und in vielen Regionen zahlreiche weitere verbotene Demonstrationen und Kundgebungen aufführen.

Die systematische Einschränkung und auch der Versuch der Kontrolle des öffentlichen Raumes passt durchaus in die sich selbst verstärkende Logik der ‚gelenkten Demokratie‘. Weil sie auf soziale und politische Probleme meist spät reagiert und die Qualität staatlichen Handelns abnimmt, wird ständig versucht, den ‚lenkbaren‘ Raum auszudehnen. Da die Verantwortung für das Entstehen von Problemen oder deren Nicht-Lösung von oben nach unten abgeschoben wird, muss denkbaren Problemen schon präventiv, wenn nicht gar präemptiv begegnet werden, um bei der unbedingt folgenden Suche nach den Schuldigen nicht unter die Räder zu geraten. Trotzdem überraschte die gewalttätige, vom Staat forcierte Eskalation auf der Straße den ‚Märschen der Nicht-Einverstandenen‘ gegenüber vor allem, weil sie unnötig scheint. Was veranlasste den Kreml, eine bereits ohnmächtige Opposition öffentlich von Sondertruppen niederknuppeln zu lassen, auch ausländische Journalisten nicht auszunehmen und dafür erheblichen internationalen Ärger in Kauf zu nehmen? Warum ließ man die jeweils ein- oder zweitausend Demonstranten nicht einfach, von der kontrollierten russischen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, solange durch die Städte ziehen, bis

Lust oder Geld aufgebraucht sind? Woher stammt die Nervosität? In den Erklärungsversuchen überwiegen drei Argumente.

- Das erste Argument ist, dass Putinsches Regime sei bei weitem nicht so stark und so stabil, wie es sich nach außen gebe. Folglich sehe es sich auch durch eine vergleichsweise schwache Opposition ernsthaft herausgefordert.
- Zweitens herrsche im Kreml und seiner Umgebung weiterhin „orangene Panik“. Die Putin-Mannschaft glaube selbst an das von ihr an die Wand gemalte Schreckensszenario eines vom Westen bezahlten Aufstands der Straße. Damit wurden in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Gesetzen begründet, die demokratische Rechte einschränken, wie z.B. das neue NGO-Gesetz. Diesen Begründungen muss nun auch eine entsprechende Wirklichkeit hinzugefügt werden, selbst auf die Gefahr hin, diese ‚Wirklichkeit‘ selbst erst zu konstruieren.
- Drittens, lässt sich das übertriebene harte Vorgehen gegen jegliche tatsächliche oder imaginierte Opposition mit der Eigendynamik der oft zu beobachtenden Unfähigkeit autoritärer Staaten erklären, selbst auf kleinere Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Jedes Argument für sich ist durchaus richtig. Doch reicht keines für sich allein aus, um zu erklären, was auf Russlands Straßen passiert. Es wurde bereits die Einschränkung des politischen Raums beschrieben, also die Monopolisierung von Politik durch eine kleine herrschende Gruppe bis zu ihrer faktischen Abschaffung als öffentliche Machtauseinandersetzung. Der Abschaffung der Politik folgt der Versuch, möglichst viele öffentliche Räume zu kontrollieren. Das trifft in erste Linie diejenigen, die als direkte Bedrohung angesehen werden. Nach den Erfahrungen in der Ukraine und auch in der ersten Hälfte der 90er Jahre in Russland ist das natürlich die Straße.

Radikaler Staat fordert radikale Opposition

Auch die Organisatoren der „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ teilen die These von der Schwäche des Putinschen Regimes. Der zunehmend autoritärere Staat, so zum Beispiel die Grundthese ihres Hauptorganisations Garri Kasparow, erlaube keine eigenständige Beteiligung oppositioneller Kräfte innerhalb des herrschenden politischen Systems. Notwendig sei daher eine starke ‚außersystemische Opposition‘. Eine größere Krise werde unweigerlich kommen. Folglich müsse sich die Opposition radikalisieren, um die Krise zuzuspitzen. Man müsse bereit zur Machtübernahme sein - wie Juschtschenko und die ‚Orangenen‘ in der Ukraine. Allerdings seien die schwachen liberalen und demokratischen Kräfte allein nicht in der Lage, den notwendigen Machtwechsel herbeizuführen. Sie müssten sich Partner im nationalistischen und kommunistischen Spektrum suchen, zumindest unter denjenigen, die noch nicht völlig festgelegt und somit im Sinne einer Anerkennung demokratischer Spielregeln noch ‚zivilisierbar‘ seien. Dazu gehören die Nationalbolschewisten aus Sicht des ‚Anderen Russland‘ ebenso, wie zahlreiche radikale kommunistische Splittergruppen wie die ‚Avantgarde der kommunistischen Jugend‘ (AKM) oder das ‚Arbeitende Russland‘ (Trudowaja Rossija). Angebote zur Zusammenarbeit in der Opposition gegen Putin werden auch den Kommunisten unter Gennadij Sjuganow gemacht, von diesen aber regelmäßig abgelehnt.

Diese Frontstellung zwischen dem Staat und der radikalen Opposition lässt denjenigen Kräften immer weniger Spielraum, die sich dem schlichten Freund-Feind-Schema entziehen und sich nicht zwischen Putin-Apologetik und Straßenkämpfertum entscheiden wollen. Das sind ein großer Teil der Nicht-Regierungsorganisationen, aber auch die Jabloko-Partei und Teile der Union der Rechten Kräfte. Wie schwierig es geworden ist, Opposition zu sein und nicht beim ‚Marsch der Nicht-Einverstandenen‘ mitzulaufen, zeigt die Beteiligung der St. Petersburger Jabloko-Leute am 15. April. Die Situation in St. Petersburg unterscheidet sich zwar nach der Nichtzulassung von Jabloko zu den Regionalwahlen Anfang März und der Auseinandersetzung um den Gasprom-Wolkenkratzer am Ufer der Newa von der in Moskau. Je repressiver aber der Staat gegen die Opposition auf der Straße vorgeht, umso stärker wird der Zwang zur Solidarität mit den aus politischen Gründen Verfolgten unabhängig von deren politischen Ansichten werden. Das spielt den Polittechnologien im Kreml in die Hände. Schon im Herbst 2004, unmittelbar nach der Geiseltragödie von Beslan, warnte Wladislaw Surkow, einer der Erfinder der gelenkten Demokratie, vor einer ‚braun-liberalen‘ Koalition aus ‚Limonen und anderen Äpfeln‘ und spielte damit auf die Limonowschen Nationalbolschewisten und die Jabloko-Partei an. Was damals noch wie ein schmutziger polit-technologischer Trick anmutete, könnte unter dem Druck des Staates zu einer sich selberfühlende Prophezeiung werden.

Gibt es Alternativen?

Zwischen dem immer nervöser werdenden Kreml und der ohnmächtigen radikalen Opposition gibt es noch eine relativ kleine Schicht von Politikern und NGO-Aktivisten ganz unterschiedlicher Herkunft. Sie eint vor allem zweierlei: Zum einen ist da die Befürchtung, eine größere Krise werde, gegenwärtig kaum zu einer demokratischen Wende führen. Putin versteht es sehr gut, das von ihm propagierte neue nationale Selbstbewusstsein mit seinem Image als zupackender und tüchtiger Präsident zu verbinden, der den russischen Staat wieder handlungsfähig gemacht, den wirtschaftlichen Aufschwung zu Wege brachte und vor allem Russland wieder im Ausland zu Ansehen verholfen hat. Zum anderen möchte kaum jemand der Oppositionellen wieder Dissident werden. Dissidenten sind ihrer politischen Handlungsfähigkeit weitestgehend beraubt. Sie appellieren an eine internationale Öffentlichkeit, ihnen gegen ein repressives Regime in ihrem Land beizustehen. Das ist zwar auch eine durchaus genutzte Möglichkeit der heutigen Opposition, auf die eigene Staatsführung Druck auszuüben, aber eben nicht die einzige. Sie ist auch nicht die einzig mögliche, wie das zu Sowjetzeiten der Fall war.

Diese Zwischenschicht speist sich aus zwei Quellen. Zum einen sind das diejenigen, die lange Zeit zwischen den beiden oben beschriebenen oppositionellen Lagern zu vermitteln versucht haben. Der offensichtliche Misserfolg und der Unwille oder die Unfähigkeit der etablierteren demokratischen Parteien, aber auch der neuen radikalen Opposition zwingen diese Menschen, aus NGOs, Wissenschaftler und Intellektuelle, die sich mehrheitlich nicht als Politiker verstehen, selbst auch öffentlich politisch aktiv zu werden. Das waren sie meist auch vorher schon, aber sozusagen „schaumgebremst“, gezwungenermaßen. Zum anderen gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, der sowohl die offizielle als auch die oppositionelle Politik inzwischen fast bis zur körperlichen Übelkeit peinlich und schmerzlich ist.

Gespräche über Politik münden hier fast immer häufiger darin, dass sich die Gesprächspartner fast für die ethischen und ästhetischen Zumutungen der russischen Politik entschuldigen. Diese Menschen sind auch heute zu aktiver Einmischung meist noch nicht bereit.

Viele Vertreter aus der ersten beschriebenen Gruppe haben Mitte Juli 2007 auf Initiative von Memorial und dem Institut Nationales Projekt ‚Gesellschaftsvertrag‘ in Moskau eine Konferenz unter dem Titel ‚Russländische Alternative‘ organisiert. Die Konferenz war auf der einen Seite eine kleine ‚Heerschau‘ mit dem Ziel zu sehen, wer kommt. Auf der anderen Seite ging es darum, über mögliche Alternativen zu diskutieren.

3. Kontrollierte Zivilgesellschaft

Die russische Zivilgesellschaft hat sich in den Jahren der Putinschen Präsidentschaft, wenn auch auf im internationalen Vergleich niedrigeren Niveau, teilweise trotz, teilweise wegen der zunehmenden Autoritarisierung staatlichen Handels munter weiterentwickelt. Dabei waren ihre sichtbarsten Träger, die NGOs, zu großen Teilen von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland abhängig und ständigen Formierungsversuchen von Seiten des Staates ausgesetzt.

NGOs in der gelenkten Demokratie

Bei den meisten Vertretern korporativer Interessen (etwa Gewerkschaften oder Invalidenverbände) gelang es dem Staat relativ leicht, sie in das System der gelenkten Demokratie einzufügen. Versuche, auch die NGOs zu disziplinieren oder gar korporativ einzubinden, gab es von Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins an. Sie blieben aber lange Zeit weitgehend erfolglos. Allein die Erwähnung des Tschetschenienkriegs genügt, um zu verstehen, warum Menschenrechtsgruppen wenig Zuneigung aus dem Kreml zu erwarten haben und sie umgekehrt dem neuen Präsidenten von vornherein skeptisch bis kritisch gegenüber standen. Die restriktive, bis an den Rand der Zensur gehende Medienpolitik des Kremls hat inzwischen zu einer weitgehenden Kontrolle vor allem der elektronischen Massenmedien geführt. Sie erklärt die Besorgnis jener NGOs, die im Bereich Meinungsfreiheit, freie Medien engagiert sind. Umweltschutzgruppen kritisieren die insbesondere auf den Export von Öl, Gas und anderen Rohstoffen orientierte Wirtschaftspolitik Putins und den fortgesetzten Abbau oder die systematische Missachtung ökologischer Schutzrechte. Erste staatliche Formierungsversuche, darunter vor allem das ‚Bürgerforum‘ im Kreml (Herbst 2001) führten eher zu einer Stärkung als zu einer Schwächung der NGOs. Zu ihrer Abwehr bildeten NGOs regionale und überregionale Koalitionen, auch jenseits der bis dahin oft undurchlässigen inhaltlichen Sektorengrenzen, um so den staatlichen Vertretern als politische Subjekte entgegen zu treten.

Auch staatliche Versuche, die NGOs in ‚konstruktive‘ und ‚unkonstruktive‘ zu trennen, die einen korporativ in das politische Herrschaftssystem einzubinden und die anderen zu marginalisieren, schlugen weitgehend fehl. Im Gegenteil: Die neu gewachsenen Zusammenschlüsse entwickelten neben ihren ursprünglichen inhaltlichen Anliegen politische Forderungen zur Verbesserung der Existenz- und Arbeitsbedingungen von NGOs, so etwa im Bereich des Steuerrechts. Sowohl auf regionaler als auch auf Bundesebene er-

langten einige dieser Zusammenschlüsse erhebliche Verhandlungsmacht.

Staat versus Zivilgesellschaft

Das Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen war und bleibt ambivalent. Während es regional und mit der Regierung durchaus in einzelnen Fällen gelang, dauerhafte Arbeitsbeziehungen zu entwickeln (so zum Beispiel in der Region Perm und in den Bereichen Bildung, Zivildienst, teilweise Flüchtlinge), wurde das Handeln der Präsidialadministration vor allem von taktischen und strategischen Überlegungen bestimmt. Diese Konstellation ist ein Resultat von in sich widersprüchlichen Handlungsnotwendigkeiten, die sich aus der grundsätzlichen politischen Zielvorgabe der Regierung Putin ergeben, Russland einerseits aus der Krise zu führen und dem Land wieder seinen ihm 'natürlicherweise' zustehenden Platz als Großmacht zu sichern. Dies andererseits aber nur bei einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaft unter zumindest minimaler Zusammenarbeit mit ‚dem Westen‘ zu schaffen, da sich das sowjetische Wirtschaftssystem gegenüber marktwirtschaftlichen Systemen als nicht konkurrenzfähig erwiesen hat.

Nun erfordern marktwirtschaftliche Systeme ein gewisses Maß an individueller Handlungsautonomie und Eigeninitiative. Man kann auch sagen, sie benötigen Zivilgesellschaft. Das Problem der russischen Herrschaftselite ist es, auszutarieren, wie sich die damit verbundenen Freiheitselemente auf die Wirtschaft beschränken und aus der politischen und gesellschaftlichen Sphäre weitgehend heraushalten lassen. Der zivilgesellschaftliche Sektor hat sich dabei als am widerständigsten herausgestellt. Dafür lassen sich vier Gründe angeben: Zum einen führte die zunehmende Verengung des politischen Feldes und die Gleichschaltung der Massenmedien zu einem Informationsdefizit des Kreml über die Lage im Land. Die NGO-Zusammenschlüsse wurden zu durchaus effektiven Informationskanälen in die Gesellschaft, ohne aber aus Staatssicht eine Bedrohung als Machtalternative darzustellen. Zum zweiten ist die Modernisierung der Gesellschaft als Grundlage der angestrebten ‚Wiedergeburt‘ des russischen Staates als Großmacht nicht virtuell, sondern nur real möglich. Die NGOs verfügten und verfügen über inhaltliche Kompetenzen in Bereichen, aus denen sich der alte, sowjetisch geprägte Staat zurückgezogen hatte und die der neue russische aufgrund ihrer Modernität nicht oder noch nicht erreicht. Eine Zusammenarbeit mit den NGOs war also auch aus dieser Sicht durchaus Erfolg versprechend und relativ ungefährlich. Das Spannungsverhältnis NGO - Staat speist sich zum größten Teil aus dem Widerspruch, dass einerseits die NGOs zur Modernisierung des Landes und als demokratisches Aushängeschild nach außen ‚gebraucht‘ werden, sie andererseits aufgrund ihrer prinzipiellen Unabhängigkeit eine subjektiv empfundene und - wie die Ereignisse in Serbien, Georgien oder der Ukraine gezeigt haben -, unter Umständen auch tatsächliche Bedrohung für den Machterhalt der herrschenden politischen Elite sind. Die konkurrierenden Gruppen innerhalb der Machtelite versuchen sich der NGOs auch in internen Machtauseinandersetzungen zu bedienen. Es ist den NGOs allerdings auch immer wieder gelungen, diese Widersprüche zur Durchsetzung zumindest von Teilen ihrer Forderungen zu nutzen. Die Anpassungen in der Steuergesetzgebung im Herbst 2004 und auch die erreichten Änderungen am neuen NGO-Gesetz Ende 2005 sind Belege dafür.

Zum dritten vermochten die NGOs während der ersten Präsidentschaft Putins bis 2004 innere Widersprüche der politischen Machtelite zu nutzen, weil das Putinsche System ideologisch weit weniger konsolidiert war als heute. Umgekehrt nutzen wechselnde Teile der Machtelite die NGOs als Instrumente und mehr unfreiwillige als freiwillige Verbündete im kremlinternen Machtkampf. Zu guter Letzt boten die einigermaßen frei agierenden NGOs eine gute Argumentationsbasis gegenüber der Kritik aus dem Westen an den Einschränkungen demokratischer Freiheiten in Russland. Die partielle, oft eher als notwendig denn als gewünscht empfundene Zusammenarbeit mit dem Westen beinhaltet eine mehr oder weniger starke, zumindest aber formale Beachtung demokratischer Mindeststandards. Russland versucht sich diesen Mindeststandards (etwa denen durch den Beitritt zum Europarat 1996 übernommenen Verpflichtungen) angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs, des restriktiven innenpolitischen Kurses und massiver Kritik aus dem westlichen Ausland wieder zu entledigen. Im innerrussischen Diskurs werden westliche Mahnungen zur Einhaltung von demokratischen Mindeststandards schnell zu einem Mittel der Fesselung Russlands im weltweiten Konkurrenzkampf um Einfluss und Ressourcen. Reine Geopolitik feiert fröhliche Urstände.

Die zunehmende Einengung des politischen Feldes und die fast vollständige Abwesenheit von öffentlicher Politik haben die russischen NGOs in den Jahren der Putin-Präsidentschaft insgesamt in die Rolle von surrogaten politischen Organisationen gedrängt. Oft mussten sie gleichzeitig die Rolle von Opposition, Kommunikationskanal und Interessenvertretung einnehmen. Als Folge davon haben sich intermediäre Organisationstypen entwickelt, die in westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien fast unbekannt sind und die ständig zwischen dem Staat und der Bevölkerung vermitteln.

So war insbesondere der Zeitraum 2002 bis 2005 durch das oben beschriebene, ständig zwischen Kooperation und Nicht-Kooperation wechselnde Verhältnis Staat - NGO geprägt. Teilweise wurden die Kommunikationskanäle institutionalisiert, wie etwa mit der 2002 geschaffenen Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten. Anfang 2004 ging diese in einen ‚Rat zur Mitwirkung an der Förderung der Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation‘ (der nach seiner Vorsitzenden so genannte ‚Pamfilowa-Rat‘) über. Dem Rat gehören bis heute eine Reihe wichtiger oppositioneller NGO-Führungspersonen an. Etwa einmal jährlich kommt es zu einem Treffen mit Präsident Putin.

Noch einmal verschärft hat sich die Aufmerksamkeit des Kremls gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen nach den Umstürzen in Georgien und vor allem in der Ukraine zum Jahreswechsel 2004/2005. Nach Kremllersart waren an diesen als gegen Russland gerichtet wahrgenommenen Machtwechseln vom Westen ausgebildete und finanzierte NGOs maßgeblich beteiligt. Direkte Folgen waren die Einrichtung einer von der Administration gesteuerten sogenannten Gesellschaftskammer zum Jahresbeginn 2006 und das im April 2006 in Kraft getretene neue NGO-Gesetz.

Gesellschaftskammer

Zuvor wurde bereits in 2005 die seit dem Bürgerforum 2001 im Kreml gehegte Idee verwirklicht und per Gesetz eine ‚Gesellschaftskammer‘ geschaffen, die als eine Art Zivilgesellschaftsparlament

weitreichende Mitwirkungsrechte am Gesetzgebungsverfahren hat. Sie soll- so steht es zumindest im Gesetz - die Exekutive kontrollieren. Diese Funktion steht allerdings in direktem Widerspruch zu dem Verfahren, mit dem die Mitglieder der Gesellschaftskammer ausgewählt werden. Ein Drittel wird vom Präsidenten ernannt, das zweite Drittel von den Ersternannten kooptiert und ein weiteres Drittel in sieben einzuberufenden Konferenzen, in den so genannten Föderalbezirken ‚gewählt‘, ohne dass die Exekutive durch das Gesetz an bestimmte Verfahren gebunden ist. Viele NGOs beteiligen sich deshalb aus prinzipiellen Gründen und weil sie ‚die Zivilgesellschaft‘ grundsätzlich nicht für repräsentativ vertretbar halten, nicht an der Gesellschaftskammer.

Besonders in den Regionen ist es für NGOs jedoch oft kaum möglich auch Arbeitskontakte mit im vergangenen Jahr fast überall nach dem Moskauer Vorbild entstandenen regionalen Gesellschaftskammern zu vermeiden. Zu eng ist dort das gesellschaftliche und politische Leben miteinander verwoben. Jeder kennt jeden und die Grenze zwischen ‚oppositionellen‘ und der jeweiligen Regionsführung treuen NGOs ist in den meisten Fällen kaum klar zu ziehen.

Die föderale Gesellschaftskammer hat Ende 2006 erstmals 500 Millionen Rubel (ca. 14 Millionen Euro) als staatliche Förderung für Projekte von NGOs im ganzen Land vergeben. Ein wenig unschön war, dass eine Reihe von NGOs, deren Vorsitzende in der Gesellschaftskammer sitzen, mit nicht unerheblichen Summen in die Förderung aufgenommen wurde. Allerdings bekamen auch einige eher oppositionelle NGOs Geld. Dem Vergabeverfahren fehlte die notwendige Transparenz. Zwar stellte ein Ausschuss der Gesellschaftskammer eine Vorschlagsliste zusammen, welche Projektanträge bewilligt werden sollten. Die letztendliche Entscheidung lag aber im Kreml. Einige von der Gesellschaftskammer vorgeschlagene Projekte fanden sich in der endgültigen Vergabeliste nicht wieder. Andere, die von der Gesellschaftskammer nicht ausgewählt worden waren, wurden hingegen gefördert.

Das neue NGO-Gesetz und seine Auswirkungen

Mit dem neuen NGO-Gesetz hat sich der Staat gegenüber russischen NGOs und in Russland registrierten und tätigen ausländischen NGOs weitreichende Kontroll- und Sanktionsinstrumente geschaffen. Eine neue dem Justizministerium unterstellte Behörde namens Rosregistracija, die ebenfalls für politische Parteien und religiöse Organisationen zuständig ist, kontrolliert seither auch die Tätigkeit von NGOs. Die von Präsident Putin und anderen hochgestellten Vertretern des russischen Staates oft wiederholte Begründung für das neue NGO-Gesetz war einfach und deutlich: Es gebe Erkenntnisse der Geheimdienste, dass über NGOs terroristische Organisationen finanziert würden. Das müsse verhindert werden. Außerdem sei es nicht akzeptabel, dass über NGOs versucht werde, vom Ausland aus Einfluss auf die russische Politik zu nehmen. Anders ausgedrückt: Orangenen Revolutionen in Russland sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Der Sinn des Gesetzes, aller beschwichtigender Rhetorik nach den massiven Protesten gegen seine Verabschiedung im In- und Ausland vor knapp einem Jahr, ist Kontrolle. Kontrolle vor allem der Geldflüsse aus dem Ausland an russische NGOs aber auch der Tätigkeit vor allem ausländischer NGOs in Russland überhaupt.

Ausländische NGOs

Ausländische NGOs, zu denen auch die Heinrich-Böll-Stiftung zählt, mussten sich bis Mitte Oktober 2006 bei der Rosregistracija-Behörde registrieren lassen. Damit verloren sie zugleich ihre bisherige Akkreditierung. Bis Mitte Juli 2007 wurden 228 Vertretungen von *Rosregistracija* registriert, einige erst nach mehrmaligem Einreichen der Unterlagen. Der Registrierungsprozess war sehr aufwändig und von großer Unsicherheit geprägt.

Erste Kontakte zwischen Rosregistracija und NGO-Vertretern im Sommer 2006 glichen einer Vorladung, wenn auch einer freundlicheren. Mit der Warnung, künftig drohten Verwarnung und Schließung, wurden die zukünftigen Delinquenten auf die Folgen nicht normgerechten Verhaltens aufmerksam gemacht. Die Beamten von *Rosregistracija* trachteten, sich gleich von Anfang an mit einer Art Publikumsbeschimpfung Respekt zu verschaffen, indem sie immer wieder darauf hinwiesen, wie schlecht NGOs mit Dokumenten umgehen könnten, wie wenig ernst sie offensichtlich die Registrierungsprozedur nähmen und wie fehlerhaft alles sei, was sie, die Beamten, bisher von den NGOs zu Gesicht bekommen hätten. Das dahinter liegende Kalkül ging auf. Die NGOs waren ausreichend eingeschüchtert, zumindest aber besorgt, über den administrativen Weg nun politisch ausgesiebt zu werden. Der Größe der Besorgnis entsprach die Unsicherheit, wie und in welcher Form die geforderten Dokumente denn nun zur Zufriedenheit von *Rosregistracija* auszufertigen seien.

Es begann ein Hase-und-Igel-Spiel, in dem die NGOs immer wieder raten mussten, welche neuen Regeln sich *Rosregistracija* denn nun hatte einfallen lassen. Die Anforderungen an die einzureichenden Dokumente wurden, so der Verdacht von außerhalb der Black-Box *Rosregistracija*, offensichtlich erst im laufenden Verfahren und sozusagen am lebenden Objekt entwickelt. Die von der Staatsführung zur Abwehr einer Gefahr für Staat und Gesellschaft berufenen Beamten fanden sich ja auch tatsächlich in einer Zwickmühle wieder. Einerseits hatte sogar das Staatsoberhaupt wiederholt versichert, internationale Normen, insbesondere die des Europarats, würden eingehalten. Doch wer würde andererseits den Kopf hinhalten müssen, sollte eine später als „diversiv-feindlich“ identifizierte Organisation durch die nicht ausreichend eng geknüpften Maschen der Registrierung schlüpfen? Die Beamten wählten einen standesgemäßen und landesüblichen Ausweg. Gesetze und Verordnungen wurden wörtlich befolgt. Die Folge waren immer wieder absurde Forderungen, wie zum Beispiel Namen, Geburtsdaten und Wohnort von längst ausgeschiedenen oder gar verstorbenen Gründern der ausländischen NGOs zu nennen.

Worum handelte es sich nun bei dieser Vorgehensweise. Zumindest gab sie einen Vorgeschmack darauf, was in der besonderen Sprache der Bürokraten „erhöhter administrativer Aufwand“ genannt wird. In Zukunft wird dieser Aufwand Zeit und auch Geld kosten, welche für die eigentliche Arbeit fehlen werden. Mittlere und große Organisationen werden sich das leisten können, kleinere müssen ihr Engagement in Russland erneut überdenken. Es war aber auch eine politische Warnung. Der russische Staat hat, wie ungeschickt auch immer, seinen neuen Instrumentenkoffer geöffnet und die dort bereitgehaltenen Folterwerkzeuge vorgezeigt. Der Koffer steht bereit und wird allein durch seine Existenz disziplinierend wirken. Seit Ende 2006

müssen ausländische NGOs auch umfassend über ihre Tätigkeit in Russland Bericht erstatten. Vierteljährlich müssen aus dem Ausland eingehende Geldmittel an Rosregistracija gemeldet werden. Zu Ende Oktober 2006 musste erstmals ein Arbeitsplan für das darauffolgende Jahr und Mitte April ein Finanz- und Sachbericht über die Aktivitäten des Vorjahres vorgelegt werden. Reaktionen auf diese Berichte von Seiten Rosregistracija sind bisher nicht bekannt.

Russische NGOs

Die direkten Auswirkungen des NGO-Gesetzes auf russische NGOs sind noch schwer zu beurteilen. Soweit bisher erkennbar, scheinen sie eher in Ausnahmefällen zu direkten staatlichen Repressionen gegen aktuell oder langfristig unbotmäßige NGOs zu führen, wenn gleich es solche Fälle gibt und sie berechtigterweise in der Öffentlichkeit besondere Beachtung finden. Probleme bereitet vor allem die mit dem Gesetz erzeugte erhöhte Aufmerksamkeit unterschiedlicher Behörden gegenüber NGOs. Aufmerksamkeit durch die Behörden bedeutet in einer hochkorrumpierten Gesellschaft wie der russischen, in der Beschwerde- und Berufungsinstanzen wie Gerichte insbesondere gegen staatliches Handeln nur sehr eingeschränkt funktionieren, vor allem erhöhten administrativen Aufwand, den sich bei weitem nicht alle NGOs leisten können. Einer im Frühjahr 2007 vorgelegten Untersuchung der Staatlichen Hochschule für Wirtschaft in Moskau zufolge liegen die Kosten zur Gründung einer NGO im Landesdurchschnitt inzwischen zu einem Drittel über den Kosten zur Gründung eines Wirtschaftsunternehmens. Gleichzeitig unterliegen Wirtschaftsunternehmen geringeren Kontrollen und haben weitergehende Rechte. Damit wurde eine erhebliche Barriere aufgebaut, die Neugründungen verhindern und zur Schließung bestehender NGOs führen wird. Die Autoren vermuten vor allem drei Gründe für diesen Unterschied zuungunsten nicht kommerzieller Organisationen. Sie nennen die komplizierten Durchführungsbestimmungen, die ungenauen und damit weit interpretierbaren Formulierungen im Gesetz, die die Arbeit von NGOs erheblich erschweren, und der unerfahren bis inkompetente weil zur Kontrolle der NGOs völlig neu aufgebaute Beamtenapparat von Rosregistracija.

Ob das die offiziell angestrebte, bessere staatliche Kontrolle der NGOs zur Folge haben wird, ist daher zweifelhaft. Es zeichnet sich bereits ab, dass Initiativen künftig vermehrt auf die formale Registrierung verzichten, weil sie entweder zu aufwändig und zu teuer ist oder sie sich der staatlichen Kontrolle dadurch entziehen wollen. Sie bleiben lieber informell. Außerdem erwarten die Experten der Moskauer Staatlichen Hochschule für Wirtschaft, dass verstärkte staatliche Kontrollrechte wie immer wieder bei Kontrollen von Wirtschaftsunternehmen beobachtet werden kann, durch höhere Schmiergeldzahlungen umgangen werden. Es gibt auch bereits Fälle, in denen einfach Wirtschaftsunternehmen anstelle von NGOs gegründet wurden, weil das inzwischen einfacher ist. Der meist wichtigste Grund zur offiziellen Registrierung einer NGO, geschäftsfähig werden und somit z.B. Büroräume anmieten zu können, Mitarbeiter anzustellen oder einen Telefonanschluss zu bekommen, kann auf diesem Weg auch erreicht werden. Auch statistisch signifikante Untersuchungsergebnisse in welchem Umfang das alles geschieht, gibt es aber, vor allem wegen der verhältnismäßig kurzen Geltungsdauer des NGO-Gesetzes, noch nicht.

Eine Entwicklung ist aber bereits absehbar. Die Registrierungsbehörden setzen nun verstärkt darauf, die Einhaltung von Bestimmungen etwa des Arbeitsrechts, des Steuerrechts, der Arbeitsschutzbestimmungen oder des Brandschutzes zu überprüfen. Mit Beanstandungen in diesem Bereich lassen sich politische Hintergründe staatlichen Vorgehens gegen NGOs zumindest teilweise kaschieren. So wurde Memorial schon 2005 ein halbes Jahr lang gleichzeitig drei verschiedenen Steuerprüfungen unterzogen und konnte sich erst nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen gegenüber dem Finanzamt von horrenden Steuernachforderungen befreien. Anfang 2006 nahm Rosregistracija die 'planmäßige' Überprüfung von NGOs auf. Wiederrum bei Memorial will Rosregistracija eine Verletzung der Satzung entdeckt haben und hat bereits drei sogenannte Verwarnungen ausgesprochen. Das allein ist schon ungewöhnlich, weil dem Gesetz nach eine Verwarnung ausreicht, um Rosregistracija bei der nächsten Verfehlung das Recht zu geben, vor Gericht die Schließung der NGO zu beantragen. Im Fall von Memorial geht es darum, dass die Organisation den Zusatz 'humanitär' im offiziellen Namen trägt, laut Rosregistracija, zu unrecht. Memorial unterstützt Opfer politischer Verfolgung sozial, vor allem aber durch kostenlose Rechtsberatung, insbesondere in Bezug auf das seit 1992 geltende und seinerzeit von Memorial-Experten geschriebene 'Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung'. Eben diese Rechtsberatung erkennt die Registrierungsbehörde nicht als 'humanitär' an. Rosregistracija fordert nun Memorial auf, den Zusatz zu ändern und sich einer Umregistrierung zu unterziehen. Dies ist ein zeitraubender und aufwändiger Prozess mit ungewissem Ausgang. Memorial ist damit nicht einverstanden und klagt gegen die Bescheide von Rosregistracija vor Gericht. Hintergrund ist, dass der Status einer 'humanitären Organisation' dem Steuerrecht zufolge erst die Möglichkeit zu kostenloser Hilfe gibt. Ohne diesen Status müssten Memorial und die Hilfeempfänger Steuern und Sozialabgaben auf den angenommenen Wert der geleisteten Hilfe zahlen.

Präsident Putin hat mehrfach auch öffentlich erklärt, er sei bereit, Änderungen des NGO-Gesetzes zu unterstützen, wenn nachgewiesen werden könne, dass und welche Bestimmungen des Gesetzes die Arbeit von NGOs behindern. Gegenwärtig erstellen drei Arbeitsgruppen, eine vom Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin ins Leben gerufene, eine des sogenannten Pamfilowrats und eine der Gesellschaftskammer Expertisen zu diesem Thema. Wann und ob daraus überhaupt Änderungen des Gesetzes folgen, ist völlig offen.

4. Russland und der Westen - oder die Rückkehr der Geschichte

Der direkte Einfluss des Westens auf die russische Politik ist während der Präsidentschaft Putins stark zurück gegangen. Das hat verschiedene Gründe: der wirtschaftliche Aufschwung; die damit in direktem Zusammenhang wieder größer werdenden militärischen Möglichkeiten Russlands; die relative Schwäche und Legitimationskrise der westlichen Führungsmacht USA als Folge des Desasters im Irak; die interne Krise der EU nach den schnellen Osterweiterung und der Ablehnung der Verfassung bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden sowie der wirtschaftliche und damit auch politische Aufstieg neuer Mächte wie China und Indien.

Die russische politische und wirtschaftliche Elite berauscht sich derweil an vermeintlichen und tatsächlichen Erfolgen und an der wieder erlangten Größe des Landes. Präsident Putin inszeniert diese Größe als Mischung aus wirtschaftlicher Attraktivität und machtpolitischen Drohgebärden nach außen mit großem Geschick und noch größerer Wirkung innerhalb des Landes. Er erscheint als derjenige, der dem Land nach den unsicheren, für viele in der Erinnerung chaotischen 90er Jahren unter Jelzin wieder zu Stabilität verholfen hat. Außerdem hat er in den Augen vieler Menschen in Russland das Ausland wieder gelehrt, das Land ernst zu nehmen, zu achten, ja zu fürchten. Ein großer Teil der Gesellschaft reagiert mit einem auftrumpfenden „Wir-sind-wieder-wer“.

Kehrseite dieser Erfolge ist eine Mobilisierungsrhetorik, die das Land von Feinden umstellt sieht. Eine aktuelle Umfrage des Levada-Zentrums im Juni 2007 fragte jeweils nach den fünf Russland am freundlichsten und den fünf Russland am feindlichsten gesinnten Ländern. Unter den sieben meistgenannten ‚Feinden Russlands‘ waren neben den USA sechs direkte Nachbarn: Estland, Lettland, Georgien, die Ukraine, Litauen und Polen. Unter den ‚freundlich gesinnten‘ Ländern nahmen, direkt vor Deutschland und China, Kasachstan und Belarus die ersten Plätze ein. Abgesehen vom ‚Aus-rutscher‘ Deutschland ist das Ergebnis deutlich: Es handelt sich um autoritäre Staaten aus denen keine Kritik an russischen Demokratie-defiziten kommt auf der einen Seite und um Länder aus dem ehemals sowjetischen Machtbereich, die den Weg zu demokratischeren Gesellschaften eingeschlagen haben auf der anderen Seite. Anders ausgedrückt: ehemalige Kolonien, die sich vom Imperium emanzipieren auf der einen Seite, und ehemalige Kolonien, deren Herrschaftselite das nicht will, weil die einzige realistische Alternative ‚Westen‘ eine Änderung der Machtverhältnisse voraussetzte, auf der anderen Seite.

Das wachsende Selbstbewusstsein immunisiert die russische Gesellschaft zumindest teilweise und zeitweise gegen die weiter bestehenden großen politischen und sozialen Probleme. Die enormen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Zerfall der Sowjetunion werden zunehmend als fremdbestimmt und aufgezungen empfunden. Putin hat diese Stimmung sehr gut getroffen, als er den Untergang der Sowjetunion als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete. Mit der nun zurück gewonnenen Kraft, so die verbreitete Meinung, könne sich Russland nun wieder auf den eigenen, seinen besonderen Weg in der Geschichte besinnen.

Russland ist als Nationalstaat ein Neuling. Viele führende Politiker, auch aus dem Kremlager, beunruhigen die zunehmend nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in Russland. Gleichzeitig ist die herrschende Elite an diesen, um es vorsichtig auszudrücken, nicht ganz unschuldig. Mit der ständigen Betonung von Russlands Größe und Besonderheit und der Einkreisungsrhetorik, die überall und vor allem in der direkten Nachbarschaft Feinde sieht, wandelt sie auf einem schmalen Grat. Fehlritte sind an der Tagesordnung. Aber gleichzeitig hat diese Politik, von der moralischen Seite des Problems einmal abgesehen, auch für den Kreml höchst unangenehme Folgen. Ein multinationales oder multiethnisches Land lässt sich auf Dauer kaum zusammenhalten, wenn nationalistische Tendenzen

Überhand gewinnen. Auch hinterlässt es international keinen guten Eindruck, wenn es in russischen Städten, wie im August 2006 im karelischen Kondopoga oder im Mai 2007 im südrussischen Stawropol zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Ethnien kommt. Dies ist die eine Seite, andererseits gibt es kurzfristig kaum ein besseres Mobilisierungsinstrument als das Ressentiment gegen Andere. Erschreckend war die Bereitschaft vieler Menschen im vergangenen Herbst an der sogenannten antigeorgischen Kampagne teilzunehmen, als im ganzen Land georgische Staatsangehörige und Georgier mit russischem Pass gejagt, verfolgt und deportiert wurden. Den Anstoß dazu hatte Präsident Putin selbst gegeben.

Schon die 1990er Jahre waren von der Suche nach einer einigenden Idee für die Menschen in Russland geprägt. Fragen wie: Was hält dieses heterogene Land eigentlich zusammen?, oder: Worauf bezieht sich die gemeinsame Identität der Menschen, die seine Bürger sind?, spielten eine nicht unwesentliche Rolle. Zwar sind die ethnischen Russen im Gegensatz zur Sowjetunion im kleineren Russland mit rund 85 Prozent der Bevölkerung eine große Mehrheit, aber schon die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte der großen nationalen Minderheiten mit eigenen Republiken oder autonomen Bezirken machen es schwierig ein wie auch immer geartetes ‚Russentum‘ zum Identifikationspunkt zu machen. Der Versuch Jelzins analog zum Staatsnamen ein Volk von ‚Russländern‘ zu kreieren, hat keinen nachhaltigen Erfolg gehabt. Auch die vor drei Jahren von Putin initiierte Erhebung des (historisch nicht gesicherten) Jahrestags der Vertreibung der Polen aus Moskau am 4. November 1612 durch eine Bürgerwehr zur Geburtsstunde der ‚russischen Zivilgesellschaft‘ zu erklären, löste in der Gesellschaft nur ein schwaches Echo aus.

Auf ein Ereignis können sich aber bis heute fast alle in Russland von Kommunisten bis zu Dissidenten, von Nationalisten bis zu Anarchisten, von ehemaligen Gulaghäftlingen bis zu ihren KGB-Schergen beziehen. Dieses Ereignis ist der Sieg der Sowjetunion über das faschistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg oder, in diesem Zusammenhang passender, im ‚Großen Vaterländischen Krieg‘. Der Sieg wurde auch unter Jelzin gefeiert. Unter Putin wurde er heilig gesprochen. Entsprechend harsch sind die Reaktionen, wenn irgendwer diesen militärischen und vor allem moralischen Sieg in Frage stellt. Das musste zuletzt im Frühjahr 2007 Estland erfahren. Die zumindest ungeschickte Entscheidung, direkt im Vorfeld des 9. Mai das zentrale sowjetische Kriegsdenkmal zur Befreiung Estlands von der deutschen Besatzung im Zentrum der estnischen Hauptstadt Tallinn abzubauen, um es auf einem am Stadtrand gelegenen Friedhof wieder aufzubauen, rief in Russland einen Sturm der Empörung hervor. Für viele Esten ist die Geschichte nicht so klar wie für die meisten Russen. Die Staatsdoktrin geht von drei Besetzungen des kleinen baltischen Landes aus: 1939 als Folge des Hitler-Stalin-Paktes durch die Sowjetunion, dann 1941 durch die deutsche Wehrmacht und Ende 1944 dann wieder durch die die Deutschen zurückdrängende Rote Armee. Von Befreiung ist hier nicht die Rede, wohl aber von 46 darauf folgenden Jahren sowjetischer Herrschaft über Estland. Der Empörungsturm in Russland gegen diese estnische ‚Heldenschändung‘ war weitgehend von oben inszeniert. Aber er traf, wenn auch nicht immer der Form, wohl aber dem Inhalt nach auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die Denkmalsverlegung in Tallin wurde als Beleg dafür verstanden, dass ‚der Westen die Ge-

schichte umschreiben' wolle. Dies, um den Anteil der Sowjetunion am Sieg über den Nationalsozialismus möglichst klein zu machen. Dies wird als Angriff auf das Heiligste der unsicheren russischen Identität verstanden.

Der ‚heilige‘ Status des Sieges macht es auch im Land sehr schwierig, über das zu reden, was in seinem Schatten geschehen ist: über den Stalinschen Gulag; über den Hitler-Stalin-Pakt und die Aufteilung Europas; über die Befreiung Osteuropas von deutscher Besatzung und seine gleichzeitige Besetzung durch die Rote Armee. Das Verhältnis zur eigenen totalitären Geschichte und ihren verbrecherischen Seiten, zur massenhaften politischen Verfolgung in der Sowjetunion und den Millionen Toten bleibt ambivalent und schwierig. Moralisch gesprochen sind Gut und Böse in der sowjetischen Geschichte ganz nahe beieinander. Sehr viele Familien in Russland haben sowohl Täter als auch Opfer in ihren Reihen. Und viele Täter wurden später selbst zu Opfern. Zudem haben viele Russen und andere Osteuropäer eine sehr andere Wahrnehmung der Geschichte als die Deutschen. Die deutsche Lehre aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen ist sehr vereinfacht gesprochen, dass aus Bösem, personifiziert in Hitler, nur Böses kommen kann. Eine verbreitete Deutung in Osteuropa ist dagegen jedoch, dass auch Böses, verkörpert in Stalin, manchmal Gutes tut.

Ein kleines Bild soll die Ambivalenz, ja die Unentschiedenheit vieler Menschen in Russland dieser Geschichte gegenüber verdeutlichen. Auf dem Lubjanka-Platz vor dem Hauptquartier des Inlandsgeheimdienstes FSB, in dem ohne Unterbrechung die sowjetischen Vorgänger von der Tscheka über den NKWD bis zum KGB saßen, stand bis zum 21. August 1991 eine beeindruckende Statue des Gründers des sowjetischen Geheimdienstes Felix Dserschinskij. Nachdem der Putsch gegen Gorbatschow gescheitert war, wurde das Denkmal demontiert und steht nun am Ufer der Moskwa in einem Park mit ausgerichteten Denkmälern anderer Sowjetführer. Sein ursprünglicher Platz in der Mitte des Lubjanka-Platzes ist bis heute leer.

Links abseits, wenn man vor der ‚Lubjanka‘, dem KGB-Hauptquartier steht, am Rande des Platzes, liegt der ‚Stein von Solowki‘. Er wurde von Memorial 1991 von den Solowki-Inseln im Weißen Meer hierhin geschafft. Dort war das erste Lager des Gulag. Seit 1991 dient der unscheinbare Stein als Denkmal für die ‚Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetunion‘. Ursprünglich war der Stein als Provisorium gedacht. Später sollte vom Staat ein ‚richtiges‘ Denkmal aufgestellt werden. Auf dieses warten die Opfer bis heute. Dafür hängt seit einigen Jahren an der Lubjanka eine Erinnerungstafel für den KPdSU-Generalsekretär Jurij Andropow. Enthüllt hat diese Tafel Präsident Putin. Andropow war Chef des KGB als Putin in den 1970er Jahren dessen Agent wurde.

Gleichzeitig mit der neu- oder wiedererlangten Stärke Russlands und dem Anspruch auf einen ‚eigenen‘ Weg, auch eine ‚eigene Form von Demokratie‘, wird seit einiger Zeit die russische Geschichte offizieller Lesart von Makeln gereinigt. Geschichte hat nach Kremldiktum künftig ‚glückliche Geschichte‘ zu sein, etwas, auf das die Menschen im Land, vor allem die jungen, stolz sein können. Der tragische Anteil der Geschichte wird zunehmend als störend empfunden, die Beschäftigung mit ihm, wenn überhaupt, auf ein ungewisses Später verschoben. Vorerst, so das Diktum, müsse die nationale Identität

der russischen Gesellschaft gestärkt und sie so konsolidiert werden, um im immerwährenden Überlebenskampf gegen allgegenwärtige Feinde im In- und Ausland bestehen zu können.

Nur wenige Stimmen, die meist keinen Zugang zu den wichtigsten Massenmedien haben, erheben sich gegen dieses Konzept. Memorial hat im Frühjahr diesen Jahres, in dem sich der Beginn des stalinischen ‚Großen Terrors‘ zum 70. Mal jährt, ‚Thesen zum Jahr 1937‘ vorgelegt. Darin heißt es: „Auch jetzt, siebzig Jahre später, ist der verhängnisvolle Einfluss der Katastrophe der Jahre 1937/38 sowie des ganzen Systems staatlicher Gewalt, deren Symbol und Quintessenz diese Jahre geworden sind, in den Stereotypen des öffentlichen Lebens und der Staatspolitik Russlands und der anderen Länder, die auf den Ruinen der UdSSR entstanden sind, deutlich zu erkennen. Diese Katastrophe ist in das Massenunterbewusstsein gleichermaßen wie in das individuelle eingegangen. Sie hat die Psychologie der Menschen zerrüttet, sie hat verschleppte Krankheiten unserer Mentalität verschlimmert, die noch aus dem Russischen Reich stammen, und neue gefährliche Komplexe erzeugt. Die Empfindung der Nichtigkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit vor dem Götzen der Macht – das ist eine nicht bewältigte Folge des Großen Terrors.“ Und dann folgt eine Aufzählung:

- „Gewöhnung an die ‚gelenkte Rechtssprechung‘“;
- „reflexartige Ablehnung unabhängiger gesellschaftlicher Aktivität seitens des heutigen bürokratischen Apparats“;
- „die Wiederbelebung der alten Konzeption von der ‚feindlichen Einkreisung‘ in der gegenwärtigen russischen Politik“;
- „die Leichtigkeit, mit der in unserer Gesellschaft Nationalismus und Xenophobie entstehen und gedeihen“;
- „intellektueller Konformismus“;
- „Hemmungsloser Zynismus ist die Kehrseite des Doppeldenkens“;
- „die katastrophale Isoliertheit der Menschen“;
- „der Herdentrieb, der den Kollektivismus abgelöst hat“;
- „der schmerzliche Mangel an menschlicher Solidarität“.¹

5. Außenpolitik

Die sogenannte Münchner Rede Wladimir Putins bei der Sicherheitskonferenz im Februar 2007 schreckte viele Politiker und Kommentatoren im Westen auf. Es waren wohl weniger die Inhalte - da war wenig, was nicht vorher schon gesagt worden war – als der auftrumpfende Ton, der deutlich machte: Russland ist zurück auf der internationalen Bühne. Offenbar fühlt sich der Kreml inzwischen wieder stark genug, den Worten von einer multipolaren Welt Taten folgen zu lassen. Die Botschaft ist klar. Russland fordert für sich eine Stellung auf Augenhöhe mit den USA, zumindest aber eine Stufe höher als alle anderen. Diese Anerkennung ist für die Selbstachtung der politischen Elite des Landes von größter Bedeutung. In der Bevölkerung ist dieser Anspruch sehr populär.

¹ siehe im Dossier „Demokratie in Russland“ der Heinrich-Böll-Stiftung, www.demokratie-in-russland.de

Vorsichtige Annäherung und schnelle Entfremdung

Am 12. September 2001, direkt nach den Anschlägen auf New York und Washington und noch vor den europäischen Verbündeten, machte Präsident Putin gegen den Willen eines großen Teils der russischen außenpolitischen Elite den USA das Angebot einer strategischen Partnerschaft im ‚Kampf gegen den Terror‘. Damit war wohl die Hoffnung auf eine gleichberechtigte Partnerschaft verbunden. Doch die USA nahmen zwar dankend die Unterstützung an, behandelten Russland in der Folge aber wie alle anderen Verbündeten, also keineswegs gleichrangig. Vor allem diese unterschiedliche Erwartung an die Zusammenarbeit führte zu einer Reihe von gegenseitigen Enttäuschungen. Aus heutiger russischer Sicht nutzte die USA die Zusammenarbeit, sich unter diesem Vorwand in Zentralasien, im Kaukasus und auch in Mitteleuropa breit zu machen und klassische Einkreisungspolitik zu betreiben. Dass für die USA Russland nur ein Faktor in ihrer Außenpolitik - und durchaus nicht der wichtigste - ist, fügte dem Bedrohungsgefühl noch eine Kränkung hinzu. Die EU und selbst ihre großen Mitgliedsstaaten gelten Russland in diesem großen Spiel nicht als gleichwertige Konkurrenten. Sie können vielmehr nur entscheiden, welchem Hegemon sie sich unterordnen. Russland bietet insbesondere Deutschland und Frankreich schon seit den 1990er Jahren in regelmäßigen Abständen an, sich mit seiner Hilfe von den USA zu emanzipieren. In beiden Ländern trifft dies bei großen politischen Gruppen durchaus auf Interesse, wie z.B. die im Frühjahr 2007 in Deutschland kurz aufgeflammete Diskussion um eine Äquidistanz zwischen den USA und Russland deutlich gezeigt hat. In der gemeinsamen Ablehnung des Irakkrieges durch Russland, Deutschland und Frankreich war der kalte Hauch einer solchen neuen ‚Achse‘ kurz zu spüren.

Nachdem die in den 1990 Jahren und auch noch in der ersten Amtszeit Putins durchaus aktuelle Frage einer Integration Russlands in westliche Strukturen ad acta gelegt ist, geht es nun darum, wie weit mit dem Westen zusammengearbeitet werden soll und muss. Dabei schwankt das Land zwischen Pragmatismus und den alten, wohlbekannten Reflexen. Natürlich gibt es gemeinsame Interessen mit dem Westen und der NATO, wie die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, die Aufrechterhaltung des Nichtverbreitungsregimes von Atomwaffen oder die Eindämmung radikal-islamistischer Bewegungen. Auf diesen Gebieten gab es zumindest zwischenzeitlich durchaus gute Zusammenarbeit. Aber zugleich gibt es eine Reihe von Konflikten, bei denen nicht immer leicht zu unterscheiden ist, ob es um die Wahrung verständlicher und begründbarer Interessen geht, ob unterschiedliche Wertorientierungen eine Verständigung schwierig machen oder ob der Grund in geopolitischen Machtauseinandersetzungen zu suchen ist:

- die US-amerikanischen Pläne, Raketenabwehrsysteme in Mitteleuropa zu stationieren;
- der Umgang mit dem Iran;
- die Frage nach der Zukunft des Kosovo, aber auch nach der Zukunft Abchasiens, Transdnistriens und Südossetiens;
- der Einsatz von Öl und Gas als politische Druckmittel durch Russland;
- die autoritäre Entwicklung in Russland;
- die Kompatibilität der Wirtschaftssysteme;

- Russlands Ehrgeiz, seine politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über die früheren Sowjetrepubliken von Zentralasien bis zur Ostsee wiederherzustellen.

Stören oder helfen – Internationale Krisenherde

Fast keiner der großen internationalen Krisenherde, von Nordkorea über den Iran und den Nahen Osten bis zum Kosovo kann ohne Russlands Mitwirkung, zumindest aber seine Duldung gelöst werden. In manchen kann das Land durch Obstruktion gar gewinnen. Die russische Außenpolitik schwankt auch hier zwischen Zusammenarbeit mit den USA, der EU und der NATO, weil es grundsätzlich auch im russischen Interesse liegt, dass diese Konflikte zumindest nicht außer Kontrolle geraten, und der Versuchung durch eine Gegenposition zum Westen eigene Interessen durchzusetzen. Dabei stehen neben politischen Zielen immer häufiger wirtschaftliche Erwägungen an vorderster Stelle. Bis auf wenige Bereiche, wie z.B. Rüstungsgüter, sind russische Industrieprodukte auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. Das Land spekuliert folglich häufig darauf, dorthin zu liefern, wo US-amerikanische oder europäische Waren nicht gern gesehen sind oder wohin die NATO-Staaten aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen nicht liefern. Hinzu kommt eine, allerdings noch vorsichtige Politik, erklärte Feinde der USA mit Waffen zu beliefern. Das bringt wirtschaftlichen Gewinn, demonstriert Unabhängigkeit und liefert Verhandlungsmasse.

Zwei kurze Beispiele:

In der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm bot sich Russland als Vermittler an. Gleichzeitig versucht das Land mit der Fertigstellung des Atomkraftwerks in Buscher für den Export seiner Atomkraftwerke Werbung zu machen. Die Botschaft ist aber auch, dass Russland nicht sehr darauf schaut, wem es seine Atomtechnik verkauft. Das geht auch kaum anders, denn aus westlicher Sicht politisch zuverlässige Länder wollen russische Reaktoren in der Regel nicht. Nur zahlungskräftig sollte der Kunde sein. Die Fertigstellung in Buscher stockt zurzeit. Sie stockt nicht, weil der russischen Regierung plötzlich Zweifel an den rein friedlichen Atomabsichten des Iran gekommen sind, sondern weil der Iran seine aktuellen Raten nicht überweist. Das Angebot bei Irkutsk am Baikalsee ein internationales Urananreicherungszentrum einzurichten, in dem auch iranische atomare Brennelemente wieder aufbereitet werden und so der Iran vielleicht zum Verzicht auf eine eigene Anlage bewegt werden könnte, hätte durchaus einen Beitrag zur Lösung der Krise liefern können, wäre es vom Iran nicht zurückgewiesen worden. Es ist schwierig, die russische Rolle im Irankonflikt eindeutig als konstruktiv oder unkonstruktiv zu beurteilen.

Anders sieht es beim Kosovo aus. Die NATO-Angriffe auf Jugoslawien gelten in Russland gemeinhin als Sündenfall. Die Bombardements werden bis weit in das demokratische Lager hinein als eindeutige Verstöße gegen internationales Recht, ja als Kriegsverbrechen aufgefasst. Mit kaum verborgener Schadenfreude wird heute die Zwickmühle bedient, in die der Westen sich hat manövrieren lassen. Sollte der Kosovo einseitig seine Unabhängigkeit erklären und westliche Staaten ihn anerkennen, könnte Russland mit dem Finger nach Westen zeigen und sagen, wir haben immer gewusst, dass es auch dem Westen nicht um Recht geht, sondern nur um das Recht des Stärkeren, also um Geopolitik und blanke Interessen. Im UN-

Sicherheitsrat wird Russland aber keiner Lösung zustimmen, die die serbische Regierung ablehnt. So kann sich das Land als Beschützer der Serben präsentieren, ohne etwas zu riskieren. Solch ein Partner im Rücken stärkt natürlich die serbische Widerständigkeit.

Energiegroßmacht

Nach einem langen Jahrzehnt der Auflösung des sowjetischen Imperiums hat die russische Machtelite gelernt, die riesigen Naturreichtümer des Landes dafür zu nutzen, wieder Einfluss auf Europa und darüber hinaus zu erlangen. Es erweitert sein Öl- und Gasimperium in Richtung Zentralasien, verstärkt so seine Kontrolle über die Gasversorgung Europas und untergräbt damit die Pläne, eine transkaspische Pipeline an Russland vorbei zu bauen. Das ist gleichzeitig für den russischen Monopolisten Gasprom wirtschaftlich vernünftig, wie es das Druckpotential des russischen Staates gegenüber der EU erhöht. Für Putin ist es noch weniger ein Problem, autokratische Führer in den zentralasiatischen Staaten zu unterstützen und ihnen uneingeschränkte politische Unterstützung zu bieten, solange sie zur Zusammenarbeit bereit sind, als für einige westliche Länder.

Die russische Außenpolitik ist wieder weitgehend Machtpolitik geworden. Und sie bedient sich dabei der Instrumente, die dem Land zur Verfügung stehen. Das sind in erster Linie die gigantischen Öl-, Gas- und sonstigen Rohstoffvorkommen. Dazu kommt das noch immer beeindruckende und bedrohliche Arsenal an Atomraketen, dessen Modernisierung schon begonnen wurde. Auch der Sitz als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat gehört in diese Aufzählung. Nicht zuletzt hilft die Selbstpositionierung Russlands als Alternative zur Weltgroßmacht USA dem Land dabei, sein Ansehen und Einfluss in vielen Weltgegenden zu stärken. Das Wiederauftauchen eines, wenn auch vorerst eher kleinen Gegenmacht-pols kommt vielen recht, unabhängig davon was dieser Pol inhaltlich will oder kann.

Im westlichen Kommentaren und Analysen erscheint die russische Variante von Machtpolitik meist als ‚aggressive Ressourcenpolitik‘. Es wird viel und mit mahndend-moralischem Unterton geklagt, Russland setze seine enormen Rohstoffvorkommen als ‚Waffe‘ ein. Der rauh-auftrumpfende und ein wenig halbstarke Ton, mit dem die russischen ‚Wir-sind-wieder-wers‘ auftreten, trägt kaum zur Beruhigung der Gemüter bei. Die russische Standardantwort darauf - und zwar bei weitem nicht nur von Kremlapologeten - ist aber eine einfache Gegenfrage: Welche Mittel man denn sonst habe, seine Interessen durchzusetzen? Doch diese Diskussion setzt am falschen Ende an. Es sollte nicht um die Instrumente von Außen- und Wirtschaftspolitik gehen, sondern um die zu erreichenden Ziele. Ein Problem ist die russische Energiemachtpolitik, wie der Versuch ein internationales Gaskartell analog der OPEC zu schaffen. Dazu kommt zumindest vorerst die gelungene Monopolisierung der Gasexportwege von Zentralasien nach Europa. Diese ist vor allem gegen den Westen gerichtet und Teil der oben beschriebenen Bestrebungen Russlands, zumindest geopolitisch in die großen Fußstapfen der Sowjetunion zu treten.

Polnisches Fleisch - Die Beziehungen Russlands zur EU

Ende Oktober 2007 läuft nach zehn Jahren das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Russland und der EU (PKA) aus. Das bisherige Abkommen war 1997 noch von der EU der 15 mit Russland unter Präsident Jelzin geschlossen worden. Beide, sowohl

Russland als auch die EU, haben sich seither stark verändert. Russland ist wirtschaftlich stärker und selbstbewusster geworden, die EU hat sich nach Osten erweitert und ist heterogener geworden. Der Anspruch Russlands, in seiner Nachbarschaft, freundlich ausgedrückt, erneut ein gewichtiges Wort mitzusprechen, trifft auf empfindlichen Widerspruch vor allem in den Ländern, die dieses ‚Mitsprechen‘ jahrzehnte- oder jahrhundertlang als Fremdherrschaft zu ertragen hatten. Die russische Bevölkerung hingegen hat die Ausweitung der EU, die Ausweitung des europäischen Freiheitsraums auch als Einengung der eigenen Freiheit erfahren. Das bezieht auch mögliche weitere Erweiterungen –wie auch immer realistisch solche seien- bis hin zur Ukraine, Georgien oder Moldawien mit ein. Polen, Bulgarien und die baltischen Staaten gehören nun auch der EU an. Die Visa-Bestimmungen in diesen Ländern für Bürger Russlands sind kompliziert und teuer. Die Worte ‚Schengen‘ und ‚Visum‘ werden in Russland oft als Synonym für ‚wir wollen Euch nicht haben‘ verstanden. Das alles passt sehr gut in das Mobilisierungs- und Abgrenzungskonzept des Kreml.

Unter diesen Umständen ist es wenig verwunderlich, dass die Verhandlungen über ein neues PKA noch immer nicht beginnen konnten. Das von Russland wegen angeblich fehlender Hygiene mit einem Importbann belegte ‚polnische Fleisch‘ ist selbstverständlich nicht Grund, sondern Vorwand für diese Verzögerung. Zudem drängt die Zeit nicht, da sich das alte Abkommen ohne Kündigung durch eine der Seiten jeweils automatisch um ein Jahr verlängert. Auch sind die Partner zwar zerstritten, die Beziehung aber noch keineswegs zerrüttet. Es gibt viele gemeinsame Interessen. Am stärksten ist wohl das starke, wenn auch asymmetrische wirtschaftliche Band zwischen der EU und Russland: Die EU bezieht rund 30 Prozent ihrer Energieressourcen aus Russland. Russland hingegen wickelt mit der EU mehr als 50 Prozent seines Außenhandels ab. Ein großer Teil der Modernisierungsinvestitionen in die russische Wirtschaft und des dazu notwendigen Know Hows kommen aus der EU. Diese Beziehungen sind alt und bewährt, die Transportinfrastruktur ist gut ausgebaut und wird weiter modernisiert. Nennenswerte Konkurrenz ist hier so schnell nicht in Sicht. Vor allem ist die EU aber auch ein zahlungskräftiger und zuverlässiger Handelspartner.

Doch schon bei der Umsetzung des bisherigen PKA gab es unterschiedliche Auslegungen vor allem der Punkte, die gemeinsame Werte wie Menschenrechte und Demokratie betrafen. Der dort institutionell verankerte Menschenrechtsdialog wurde von russischer Seite zu einem regelmäßigen Beamtenreffen auf untergeordneter Ebene degradiert. Zwar bemühte sich die EU-Delegation durch Einladung russischer Menschenrechtler zu Vor- und Nachtreffen die Weigerung der russischen Seite mit den NGOs gemeinsam zu tagen, auszugleichen. Der Dialog fristet aber nichtsdestotrotz bis heute ein Stiefmütterchensein. Russland würde diese Teile des aktuellen Abkommens im neuen am liebsten nicht mehr sehen und sich auf die Bereiche Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit, Bildung und Wissenschaft beschränken. Der Werteteil des PKA gilt dem Kreml als ein der russischen Schwäche in den 1990er Jahren geschuldeter Fehler. Es wird also schwer sein, sich auf gemeinsame, vor allem aber auch verbindliche und einklagbare Werte als Teil des neuen Abkommens zu verständigen. Das zeigen auch die in letzter Zeit immer lauter werdenden Klagen aus Russland über die OSZE und den Europarat. In beiden Organisationen ist Russland Mitglied und

hat insbesondere mit der Mitgliedschaft im Europarat und der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtscharta weitgehend und vor dem Straßburger Menschenrechtsgerichtshof auch einklagbare Verpflichtungen übernommen. Gegenwärtig warten dort mehrere 10.000 Beschwerden eigener Bürger gegen das Land auf Untersuchung. In zahlreichen Fällen wurde Russland bereits schuldig gesprochen und musste z.B. Klägern aus Tschetschenien Schmerzensgeld und Kompensation für erlittenes Unrecht zahlen. Die russische Regierung versucht die Entscheidungen des Menschenrechtsgerichtshofs immer häufiger als nicht rechtens, sondern politisch motiviert abzuqualifizieren.

Umso überraschender ist der Umstand, dass Präsident Putin am 26.3.07 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und anderen großen europäischen Tageszeitungen, der EU zu ihrem 50. Geburtstag das Angebot einer Wertegemeinschaft gemacht hat. Es sei historisch folgerichtig und zum Wohle aller, sich in Europa für die Schaffung einer multipolaren Welt, für Frieden und Sicherheit zusammen zu tun, schrieb Putin. Russland sei zu allem bereit, was unterhalb der Ebene institutioneller Verflechtungen möglich sei. Das hört sich schön an, fast wie eine Neuauflage des Gorbatschowschen „Gemeinsamen Hauses Europa“, doch das Angebot ist vergiftet. „Alles, ohne Institutionen“ ist weniger und weit unverbindlicher, als das, was wir heute haben. Die OSZE und der Europarat sind zwei wichtige Institutionen in Europa, die auch Russland rechtlich binden. Beide sind dem neuerstarkten „souveränen demokratischen Staat“ (so Putin in seinem Artikel) hinderlich. Putin schlägt der EU vor, den „Kampf gegen neue Herausforderungen und Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, den illegalen Drogenhandel, der illegalen Immigration und der globalen Armut“ gemeinsam anzugehen. Das sind alles wichtige Dinge und gemeinsames Handeln kann zusätzliche Kraft geben. Doch kommen in Putins Angebot weder Demokratie, noch Rechtsstaat vor. Trotzdem sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten das Angebot nicht einfach ablehnen.

Russland und seine Nachbarn – die EU und ihre Nachbarschaft

Die Politik Russlands seinen unmittelbaren Nachbarn gegenüber erinnert mittlerweile stark an die Breschnjew-Doktrin der ‚eingeschränkten Souveränität‘ im sowjetischen Machtbereich. Das Streben, die Politik der anderen GUS-Staaten mitzubestimmen, korrespondiert mit der geopolitisch begründeten Mehrheitsauffassung der russischen außenpolitischen Elite, dass Nicht-Atomwaffenstaaten grundsätzlich in ihrer Souveränität eingeschränkt sind und nur die Wahl haben, zu wählen, welche Atommacht sie als Schutzmacht wünschen. Den direkten Nachbarn Russlands wird dieses Wahlrecht aber nicht zugestanden. Schon die Andeutung, die Ukraine oder Georgien könnten als Schutzmacht die USA und nicht Russland wählen, wird als Bedrohung der russischen Sicherheitsinteressen aufgefasst. Die EU mit ihrer Unterstützung von Demokratisierungsbestrebungen im GUS-Raum wird unter diesem Blickwinkel lediglich als geschickter Agent des US-Imperialismus wahrgenommen. Zwar sind die EU und Russland wirtschaftliche Partner, gleichzeitig aber Konkurrenten, wenn auch ungleiche. Ein Problem der neuen russischen Widerständigkeit gegen den Westen ist das Fehlen eines eigenen ideologischen Projekts. Versuche, in

Georgien, in der Ukraine oder in Moldawien mit Russland zu Kompromissen zu kommen, haben auch deshalb gegenwärtig kaum Erfolgsaussichten.

Was tun mit dem neu auftrumpfenden russischen Selbstbewusstsein?

Bisher herrschen zwei strategische Reaktionen auf die zunehmende Autoritarisierung Russlands und seine aktivere und aggressivere Außenpolitik vor. Die einen nehmen sich, grob gesagt, Gerhard Schröder zum Vorbild, und fordern, Russland möglichst eng in die internationale Zusammenarbeit einzubinden und die gegenwärtige Entwicklung in Russland großzügig als schwieriges Teilstück des Wegs zur Demokratie aufzufassen. Die anderen vergleichen Russland schon wieder mit der Sowjetunion und beginnen Kalter Krieg zu spielen: Von außen eindämmen und im Inneren die Dissidenten pflegen. Beide Argumentationen beschreiben das Gesicht der russischen Politik durchaus zutreffend. Wie ein menschliches Gesicht hat sie zwei Seiten, eine freundlichere und eine strengere. Wenn man die jeweils andere zuhielte, könnte man den Eindruck bekommen, es mit einem völlig anderen Land zu tun zu haben..

Deshalb muss eine vernünftige Politik gegenüber Russland versuchen, einerseits berechnete russische Interessen anzuerkennen und andererseits russischen Anmaßungen entgegen zu treten. Russland ist eben, wie schon mehrfach betont, weder auf einem guten Weg zur Demokratie, noch gibt es eine Wiederauflage der Sowjetunion. Es kann nur Aufgabe sein, die Menschen dort ernst zu nehmen - und zwar sowohl die Regierenden als auch die Opposition.

Die Antwort auf diese Frage kann, um ein großes und oft missbrauchtes Wort zu benutzen, nur dialektisch ausfallen. Der Westen sollte mit Russland verhandeln und in Sicherheitsfragen zusammenarbeiten, als ob es die großen Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen nicht gäbe. Gleichzeitig sollte er Russland wegen der Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen kritisieren, als ob es die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen nicht gäbe. Eine offene Gesellschaft lässt sich anderen nicht erklären, sie lässt sich nur (vor-)leben.

6. Wirtschaft und Energie

Die russische Wirtschaft wächst seit 1999 mit jährlichen Raten von sechs und mehr Prozent. Die Inflation wurde seither von über 50 auf unter 10 Prozent gedrückt. Dank der seit fünf Jahren konstant hohen Öl-, Gas- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt konnte Russland seine Auslandsschulden bezahlen und bis Mitte 2007 Geldreserven in Höhe von über 400 Milliarden US-Dollar anhäufen. Dazu kommt ein Stabilitätsfond von etwa 100 Milliarden Dollar. Seit 1999 steigen auch die Investitionen wieder, wenn auch nicht sehr stark und langsamer als der private Verbrauch. 2005 wurde zudem der seit Anfang der 1990er Jahre anhaltende Nettokapitalabfluss gestoppt. 2006 wurden rund 40 Milliarden US-Dollar netto nach Russland transferiert. Ebenfalls 2006 erreichte das Bruttoinlandsprodukt erstmals wieder die Höhe von 1991, dem letzten Jahr der Sowjetunion. Die meisten Prognosen, darunter des IWF, sagen auch für die kommenden Jahre weiter jährliche Wachstumsraten im Bereich über sechs

Prozent voraus. Vorausgesetzt natürlich, die Öl- und Rohstoffpreise bleiben auf einem vergleichbar hohen Niveau wie zurzeit.

Trotz dieses sehr positiven makroökonomischen Bildes bestehen aber weiterhin erhebliche Risiken. Russland ist auch nach sieben Jahren Boom im internationalen Vergleich ein eher armes Land. Das monatliche Durchschnittseinkommen hat Mitte 2007 gerade einmal 500 US-Dollar erreicht. Selbst wenn die Wachstumsraten auch künftig ähnlich hoch bleiben, ist es sehr unwahrscheinlich, dass Russland in absehbarer Zeit zu den hochentwickelten Industriestaaten aufschließt. Unklar ist, welche wirtschaftspolitische Option sich durchsetzt. Je nachdem differieren die Risikoprognosen erheblich. Ein Team um den Wirtschaftsprofessor Alexander Ausan und den Direktor des Instituts für Finanzen und Energetik Leonid Grigorjew unterscheiden in einer aktuellen Studie vier mögliche Entwicklungsszenarien: das Rentenszenarium, das Mobilisierungsszenarium, das Trägheitsszenarium und das Modernisierungsszenarium.

Beim ‚Rentenszenarium‘ würde die Wirtschaftspolitik weiter wie bisher vor allem auf die Gewinne aus dem Export von Rohstoffen, vor allem natürlich Öl und Gas setzen. Die Gewinne müssten wie bisher durch Transferleistungen verteilt werden. Ein Vorteil daran wäre die weitere Ankerbelung der inländischen Nachfrage und, wenn die Verteilung einigermaßen gerecht geschähe, eine Minderung der Armut. Wesentlicher Nachteil dieser Strategie bliebe die Abhängigkeit von einer Finanzierungsquelle, deren Nachhaltigkeit in Frage steht und deren Größe kaum durch die russische Regierung beeinflusst werden kann. Unterstützung erfährt dieses Szenarium vor allem durch ärmere Bevölkerungsschichten, vor allem aus den Regionen und den Empfängern sozialer Transfers, hier mit der größten Gruppe der Rentner.

Das ‚Trägheitsszenarium‘ geht davon aus, dass die herrschende Elite untereinander und mit großen Teilen der Bevölkerung im Konflikt steht. Um an der Macht zu bleiben, müssen die kleinen und großen Gruppeninteressen fein gegeneinander austariert werden. Probleme werden erst dann angegangen, wenn sie sich verschärfen. Dieses Szenarium kommt der gegenwärtigen Situation wohl am nächsten. Seine Stärke ist gleichzeitig sein Schwäche: Es erfordert kaum heftige und scharfe Veränderungen und ist deshalb für die herrschende Elite vergleichsweise bequem. Eine Modernisierung der russischen Wirtschaft findet aber nicht statt und Russland wird im Vergleich mit anderen Ländern voraussichtlich weiter zurückfallen.

In den vergangenen Monaten gab es Anzeichen, dass der Kreml versucht vom ‚Trägheitsszenarium‘ zum ‚Mobilisierungsszenarium‘ zu wechseln. Hier verteilt der Staat die durch die Rohstoffrente fließenden Einnahmen an bestimmte als zukunftsfähig identifizierte und damit prioritäre Wirtschaftszweige. Dies ist im Juni 2007 bereits geschehen. Darunter sind die Bereiche Energiewirtschaft, Atomindustrie, Kosmos, Nanotechnologie, Rüstung und Infrastruktur. In diesen Bereichen möchte Russland Weltmarktführer werden oder zumindest zu den Weltmarktführern aufschließen. Vorteil ist die Konzentration von Ressourcen und Mitteln, die mit großer Wahrscheinlichkeit zur nachhaltigen Modernisierung der ausgewählten Wirtschaftsbereiche führen wird. Die Schwäche dieses Szenariums liegt in der voraussehbar niedrigen Effektivität der dafür notwen-

gen und schon beginnenden Aufblähung des Staatsapparates. Auch ist die Korruptionsanfälligkeit hoch.

Das von den Autoren der Studie bevorzugte ‚Modernisierungsszenarium‘ ist gegenwärtig wohl am unwahrscheinlichsten. Es sieht vor, was die meisten Regierungen vermeiden, bis es unumgebar geworden ist, auch weil es selten oder nie gelingt: die Rundumerneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Gegenwärtig sehen auch die Autoren in Russland nicht die breite politische Koalition, die Willens und in der Lage wäre ein solches Szenarium anzugehen und durchzusetzen.

Gegenwärtig dominieren rohstofforientierte Unternehmen die russische Wirtschaft und den russischen Staat, oder, wie es Dmitrij Trenin vom Moscow Carnegie Center ausdrückt: „The same people who rule the country are the same people who own it.“ Die gegenwärtige Herrschaftselite zieht sowohl ihre Macht als auch ihr persönliches materielles Wohlergehen aus dieser Konstellation. Das Interesse daran, diese Situation zu ändern ist folglich eher gering oder zumindest zweitrangig.

Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit im Land zu - das aber in einem Land, in dem individueller Erfolg sehr viel niedriger bewertet wird als soziale Gleichheit und Gerechtigkeit. Begründete Prognosen, welches der oben beschriebenen Szenarien eintreten wird, sind kaum möglich. Dafür hängt zuviel von der mittelfristigen politischen Entwicklung ab und davon wie der Übergang von Putin zum nächsten Präsidenten gelingt. Und natürlich davon, wer dieser Präsident sein wird. Pessimisten fürchten daher, dass das oben sogenannte Trägheitsszenarium am wahrscheinlichsten ist. Abgesehen von immer wieder erfolgten, aber in der Regel schnell versandeten Versuchen, daraus auszubrechen beschreibt es auch recht genau die bisherige Wirtschaftspolitik. Allgemein gesprochen könnte das auch weiter einigermaßen gut gehen, wenn der Ölpreis hoch bleibt und soziale und politische Probleme auch weiterhin ‚mit dem großen Geldsack‘ gelöst werden.

7. Tschetschenien und Nordkaukasus

Der Krieg in Tschetschenien ist zu Ende. Er ist zu Ende, weil die blutige russische Strategie der Tschetschenisierung des Krieges Erfolg hatte. Das heißt aber nicht, dass das Leben der Menschen in Tschetschenien nun friedlich und ohne Pressionen wäre. Es heißt nur, dass es keine ständigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen russischen und Moskau-loyalen tschetschenischen Sicherheitskräften einerseits, tschetschenischen SeparatistInnen und terroristischen IslamistInnen andererseits mehr gibt. Auch die Bombardierung von Städten und Dörfern durch die russische Luftwaffe hat aufgehört. Das ist durchaus ein Fortschritt, wie auch Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen feststellen. Nicht mehr täglich um sein Leben fürchten zu müssen ist für viele Menschen in Tschetschenien nach über zehn Jahren Blutvergießen, nach Vertreibung und Flucht eine enorme Erleichterung.

Das Ende des Krieges war also das Ergebnis eines brutalen Vernichtungskrieges gegen Separatisten und Islamisten. Gelitten hat darunter vor allem die Zivilbevölkerung. Das Ende des Krieges war aber

auch Ergebnis einer Strategie, die mit vielen Mitteln, von Überredung, über Einschüchterung bis zur Geiselnahme von Familienmitgliedern mit der Drohung sie zu ermorden, Separatisten und Rebellen dazu brachte, die Waffen zu strecken und sich, eine vom russischen Parlament beschlossenen Amnestie nutzend, den moskau-treuen tschetschenischen Truppen anzuschließen.

Ramsan Kadyrow, der Sohn des 2004 ermordeten Präsidenten Ahmad Kadyrow, regiert als 2007 von Putin eingesetzter Präsident Tschetschenien als nahezu unumschränkter Herrscher. Seine Macht stützt sich auf einen umfangreichen Sicherheitsapparat. Ein Großteil davon sind ehemalige Rebellen, die in Form von vier Bataillonen offiziell dem russischen Innenministerium und dem Militärgeheimdienst GRU unterstehen. Die despotische, blanker Willkür folgende Herrschaft Kadyrows geht einher mit einem überbordenden Personenkult. Bilder des Präsidenten hängen in allen öffentlichen Räumen und im Riesenformat an vielen Häuserwänden, gefolgt von Porträts seines Vaters und Vorgängers sowie des russischen Präsidenten Putin. Seine Macht wird nur durch die noch in der Republik stationierten, direkt Moskau unterstellten Einheiten begrenzt. Zwischen ihnen und Kadyrow besteht eine gewisse Konkurrenz, die Menschenrechtsgruppen einen kleinen Handlungsspielraum verschafft.

Die meisten seriösen Informationen über die Lage in Tschetschenien stammen von den dortigen Büros von Memorial. Ende Mai konnte die grüne Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck zusammen mit Swetlana Gannuschkina von Memorial und Ella Pamfilowa, der Vorsitzenden des ‚Rates zur Mitwirkung an der Entwicklung der Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation‘ nach Tschetschenien reisen und sich vor Ort ein Bild von der Lage machen. Memorial und andere Menschenrechtsgruppen berichten nach wie vor von weitgehender Straflosigkeit für Entführungen, Folter und Mord durch die Sicherheitskräfte. Seit Anfang des Jahres sind aber vor allem Entführungen mit folgendem Verschwinden der Entführten deutlich seltener geworden, wie Memorial feststellt. Der Grund ist der im Februar von Kadyrow ergangene Befehl an seine Truppen, die Entführungen einzustellen. Allerdings geschehen immer noch Entführungen, die wohl auf das Konto russischer Sicherheitstruppen zu gehen, die Kadyrow nicht kontrolliert. Auch Entführungen mit kriminellen Hintergrund, meist um Lösegeld zu erpressen, gibt es weiterhin. Hintergrund des Befehls von Kadyrow scheint eine Auseinandersetzung mit der aus Moskau kontrollierten Staatsanwaltschaft zu sein. Kadyrow und die Moskauer Beamten werfen sich gegenseitig vor, nichts gegen die Verbrechen der jeweils anderen Seite zu unternehmen. Wie auch immer der Befehl motiviert ist, die Lage in Tschetschenien hat sich dadurch verbessert. Allerdings kann niemand sagen, wie lange es so bleibt. Der Befehl entspringt nicht einer Entwicklung zu mehr Rechtsstaat und Rechtssicherheit, sondern offensichtlich taktischen Erwägungen im Machtkampf zwischen Kadyrow und Moskauer Kreisen. Außerdem bleiben rund 3.000 Menschen vermisst, die Fälle unaufgeklärt und die Täter ungestraft.

Trotz seiner Gewaltherrschaft scheint Kadyrow aber von einer Mehrheit der Menschen in Tschetschenien unterstützt oder zumindest für das gegenwärtig kleinere Übel gehalten zu werden. Gründe dafür gibt es mehrere: Zum einen ist Kadyrow Tschetschene und sucht, wo es ihm nutzt, auch gezielt den Konflikt mit den russischen

Sicherheitskräften. Das trifft auf die Zustimmung vieler Menschen. Zweitens sieht ein Großteil der Bevölkerung mangels demokratischer Traditionen den jeweiligen Herrscher als gegeben an. Verstärkt wird dieser Effekt drittens durch die verbreitete Angst vor Repressalien bei den von mehr als zehn Jahren Krieg erschöpften Menschen. Zur Verbreitung von Angst genügt z. B. das Verbreiten von Foltervideos per Handy, wie Marieluise Beck berichtet. Viertens führt Kadyrow symbolisch islamische Traditionen in seine Bemühungen ein, tschetschenisches Selbstbewusstsein neu zu entwickeln - so lässt er z. B. Moscheen bauen und hat ein weitgehendes Alkoholverbot verhängt. Schließlich hat er, mit Hilfe einer Art Zwangssteuer finanziert, ein rasant umgesetztes Wiederaufbauprogramm angeordnet. Binnen zweier Jahre wurden größere Orte wie Argun und Gudermes nahezu vollständig wiederaufgebaut. Auch Grosny ist zu weiten Teilen wie neu. Die damit verbundene enorme und vor allem sichtbare Verbesserung der praktischen Lebensumstände trägt erheblich zur wachsenden Popularität Kadyrows bei. Viele Menschen erleben diese lange vermissten Erfolge als Geschenk des Despoten.

Die Separatisten sind nahezu aufgerieben und vernichtet. Kleine Gruppen führen zwar im Bergland noch einen Guerillakrieg, sind aber weder politisch noch militärisch wirklich handlungsfähig. Die Islamisten, deren Führer Bassajew 2006 getötet wurde, versuchen den Krieg im ganzen Nordkaukasus zu verbreiten. Das brutale Vorgehen in Tschetschenien trägt aber auch in den anderen nordkaukasischen Republiken dazu bei, dass in der Bevölkerung separatistische Bestrebungen nicht sehr populär sind. Allerdings macht auch das Beispiel des autokratisch-brutalen Regimes von Ramsan Kadyrow Schule. In einigen Republiken, darunter Dagestan und Inguschetien, herrscht ein blutiger Machtkampf zwischen unterschiedlichen Gruppen. Dabei geht es nicht um Unabhängigkeit und kaum um ideologische oder religiöse Differenzen, sondern schlicht um Macht und den damit verbundenen Zugang zu materiellen Ressourcen, die im armen Nordkaukasus im Wesentlichen aus Subventionen des Moskauer Zentrums bestehen.

8. Ökologie

Die russische Umweltpolitik zeichnet sich seit Jahren durch einen Rückbau ökologischer Schutzrechte aus. 2002 wurde gesetzlich die Einfuhr von Atommüll wieder erlaubt. Zudem verabschiedete die Regierung ein Programm zum massiven Ausbau der Atomenergie. Bis 2020 sollen 45 neue Reaktoren ans Netz gehen. In St. Petersburg ist gegenwärtig das erste schwimmende Atomkraftwerk in Bau. Seine Inbetriebnahme und der Export in noch unsicherere Weltgegenden würde das Nichtverbreitungsregime von atomwaffenfähigem Material faktisch aushebeln. Mögliche Kunden sind Indonesien, China, Israel und arabische Staaten. Im sibirischen Angarsk, rund 100 Kilometer flussabwärts vom Baikalsee soll eine Fabrik zur Herstellung von atomaren Brennelementen in ein internationales Atomzentrum mit Wiederaufarbeitungsanlage verwandelt werden.

Trotz Verbots durch deutsche Gesetze wird seit einigen Jahren auch deutscher Atommüll nach Russland exportiert. Die Firma Urenco, Betreiberin der Urananreicherungsanlage in Gronau in Westfalen lässt abgebrannte Brennelemente aus deutschen Reaktoren über Rot-

terdam und St. Petersburg nach Westsibirien schaffen, um sie dort wieder aufarbeiten zu lassen. Die radioaktiven Rückstände dieses Prozesses, die nach Expertenschätzungen bis zu 90 Prozent des Gesamtvolumens ausmachen, bleiben in Sibirien. Deutsche und russische NGOs haben im vergangenen Jahr mehrfach dagegen protestiert. Die russische Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung Ecodefense hat vor einem deutschen Gericht gegen Urenco im Frühjahr wegen dieser Praxis Klage eingereicht.

Der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung in Russland stützt sich, wie beschrieben, fast ausschließlich auf die Förderung und den Export von Erdöl und Erdgas, das meist in ökologisch sensiblen Regionen (z.B. in der sibirischen Tundra oder vor der kurischen Nehrung in der Ostsee), oft unter Missachtung russischer und internationaler Umweltschutzbestimmungen gefördert und transportiert wird. Gegenwärtig treibt der staatliche Gasmonopolist Gazprom den Bau einer Pipeline aus Sibirien durch das Altaigebirge nach China voran. Die Pipeline würde zwei UNESCO-Weltnaturerbegebiete, eines auf russischer und eines auf chinesischer Seite durchqueren und das noch dazu in einer seismisch hochaktiven Zone. Eine kürzere und wohl auch billigere südliche Alternativroute durch die Steppe wird nicht geprüft, weil sie über kasachisches Gebiet verlaufen müsste.

Gleichzeitig werden im Land die Energieressourcen weiter äußerst ineffektiv genutzt. In Folge der stark gestiegenen Energiepreise auf dem Weltmarkt, steigen allerdings auch die Preise in Russland. Damit entsteht immerhin erstmals ein kleiner Anreiz, sich mit Alternativen wie erneuerbaren Energieträgern oder dem Energiesparen zu beschäftigen. Der Gouverneur des Gebiets Murmansk erklärte im vergangenen Dezember, er wolle in seinem Gebiet bis 2015 zwanzig Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen.

Die Rohstofforientierung der Wirtschaft und überhaupt die Orientierung auf möglichst hohes Wirtschaftswachstum geraten immer wieder in direkten Konflikt mit ökologischen Fragen. Ökologie wird zunehmend als Wirtschaftshemmnis und als Konkurrenzmittel des Auslands angesehen. 2006 wurde, in einer Reihe mit der Verschlechterung der Umweltgesetzgebung schon in den Vorjahren, die obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung für Bauvorhaben abgeschafft, auch für industrielle. Die Prüfung und eine obligatorische öffentliche Anhörung gehörten in Abwesenheit einer freien Presse zu den wirkungsvollsten Instrumenten von Ökologiegruppen. Selbst relativ kleine Erfolge des Protests gegen umweltgefährdende Projekte wie die Verlegung der in Bau befindlichen Pazifikpipeline vom Ufer des Baikalsees nach Norden im Frühjahr 2006 dürften künftig schwieriger werden.

Ausblick

Die Integration Russlands in den Westen ist prinzipiell eine gute Idee. Aber so einfach und natürlich, wie sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu verwirklichen schien, ist sie nicht. Seit einigen Jahren kann eine Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung verzeichnet werden. Zumindest für die kommende Zeit hat sich das Land – und das trifft sowohl auf die politische und intellektuelle Elite als auch auf die Bevölkerung zu – mehrheitlich zu einem dem Westen und der EU gegenüber distanzierteren Kurs entschieden.

In Russland wird das als eine Entscheidung zugunsten der Eigenständigkeit verstanden. In der russischen Politik erscheint diese Abgrenzung als virulenter Nationalismus mit durchaus neoimperialen Bestrebungen und als politischer Autoritarismus.

Doch dieses offen sichtbare Bild ist nicht vollständig. Parallel, teils untergründig, teils in den herrschenden Mainstream verwoben vollziehen sich auch andere Entwicklungen in Russland. In den vergangenen zwanzig Jahren seit der Perestroika hat sich die russische Gesellschaft trotz vieler politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen immer weiter differenziert und ist in diesem Sinn, so paradox das erscheinen mag, ziviler geworden. Selbst die zweite – in Vielem restaurative Amtszeit Putins – hat daran grundsätzlich nichts geändert. Dies ist keine unumkehrbare Entwicklung und wohin die Reise langfristig geht, wird wohl erst nach der Präsidentenwahl im nächsten März langsam sichtbar werden. Gelingt der jetzigen Machtelite die Staffelübergabe ohne allzu krisenhafte Einbrüche, wird viel darauf ankommen, wer neuer Präsident wird und auf wen er sich stützen wird. Dann gibt es durchaus eine gute Chance für die weitere Modernisierung der russischen Gesellschaft, auch wenn sie kaum als gradliniger Weg verlaufen wird. Kommt es, was niemand ausschließen kann, zu einer größeren politischen Krise, ist als Folge eine Verschärfung des Autoritären und Nationalistischen bis hin zu einer faschistischen Wendung wahrscheinlich. Teile der gegenwärtigen Herrschaftselite haben durchaus ein Interesse daran..

Russland wurde in den 90er Jahren vom Westen durch seine damalige Schwäche unterschätzt. Heute wird das Land in seiner Stärke eher überschätzt. Sich nicht zu einem neuen Kalten Krieg provozieren zu lassen, bleibt trotzdem eine schwierige Aufgabe angesichts der barschen und oft auch anmaßenden Töne aus dem Kreml. Es wäre aber ebenso falsch, zu allem, was in Russland passiert die Augen zu verschließen und darauf zu hoffen, es möge schon alles gut gehen. Die kommenden Jahre werden wahrscheinlich eine Periode begrenzter Kooperation und begrenzter Konflikte zwischen Russland, den USA und der Europäischen Union bleiben. Ziel muss es dabei sein, etwas dazu beizutragen, dass die russische Gesellschaft sich nicht erneut vom Rest der Welt isoliert. Der größte Fehler wäre es, angesichts der jüngsten Entfremdungen einen Visumvorhang hochzuziehen, nach dem Motto, „die Ukraine gehört noch zu Europa, aber mit Russland ist endgültig Schluss“. Wenn in der russischen Bevölkerung das Gefühl vorherrscht, man sei in der EU nicht willkommen, haben die politischen Eliten leichtes Spiel. Wichtig sind also sowohl Zusammenarbeit mit der Regierung als auch die Beziehungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft, zwischen Städten, Universitäten, Künstlern, Nichtregierungsorganisationen usw. möglichst weiter auszubauen. Das dürfte langfristig der beste Weg zur Wiedergewinnung von Vertrauen und zur Entwicklung gemeinsamer Interessen zwischen Russland und dem Westen sein.

Abkürzungen/Glossar

NGO – Nichtregierungsorganisation

PKA – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland

SPS – Union der Rechten Kräfte, eine liberale Partei, seit 2003 nicht mehr im Parlament vertreten

Jabloko - liberale Partei, seit 2003 nicht mehr im Parlament vertreten

GRU – „Hauptabteilung für Aufklärung“, der russische Militärgheimdienst

KGB – Komitee für Staatssicherheit, Geheimdienst der Sowjetunion

FSB – Föderaler Sicherheitsdienst, russischer Inlandsgeheimdienst

IWF – Internationaler Währungsfond

GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, gegründet 1991. Ihr gehören an: Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Belarus, Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan, Russland, Moldawien, Ukraine.

OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion

OPEC – Organisation der Erdöl exportierenden Staaten

AKM – Avantgarde der Kommunistischen Jugend